

Regionalpolitische Positionen der IHK Ostwürttemberg

- 12 PUNKTE FÜR DIE REGION OSTWURTTENBERG
- WIE ES IST
- WAS ZU TUN IST



Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer
Ostwürttemberg

Ludwig-Erhard-Str. 1
89520 Heidenheim

Postfach 1460
89504 Heidenheim

Tel. 07321 324-0
Fax 07321 324-169
info@ostwuerttemberg.ihk.de

www.ostwuerttemberg.ihk.de

Stand Mai 2018

© 2018 IHK Ostwürttemberg
Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier
und elektronischen Datenträgern sowie
Einspeisungen in Datennetze nur mit Ge-
nehmigung des Herausgebers.

Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt
erarbeitet und zusammengestellt. Für die
Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts
sowie für zwischenzeitliche Änderungen
übernimmt die Industrie- und Handelskam-
mer Ostwürttemberg keine Gewähr.

Zum Positionspapier

Mit der Erstellung und Überarbeitung der politischen Positionen der IHK Ostwürttemberg auf europäischer, Bundes-, Landes- und regionaler bzw. lokaler Ebene setzt die IHK ihren Weg fort, durch ihre Vollversammlung Kurs und Ziele festzulegen, an denen sich die Beratung von Parlamenten, öffentlichen Einrichtungen, Verwaltung und Parteien zu orientieren hat. Diese Beratung ist ausdrücklicher Auftrag, den der Gesetzgeber den IHKs auferlegt hat. Die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen zu vertreten und dabei die verschiedenen Interessen von Unternehmen, Branchen und deren regionalen Aspekten abzuwägen, zählt zu den Pflichten der IHK und ihrer Vollversammlung.

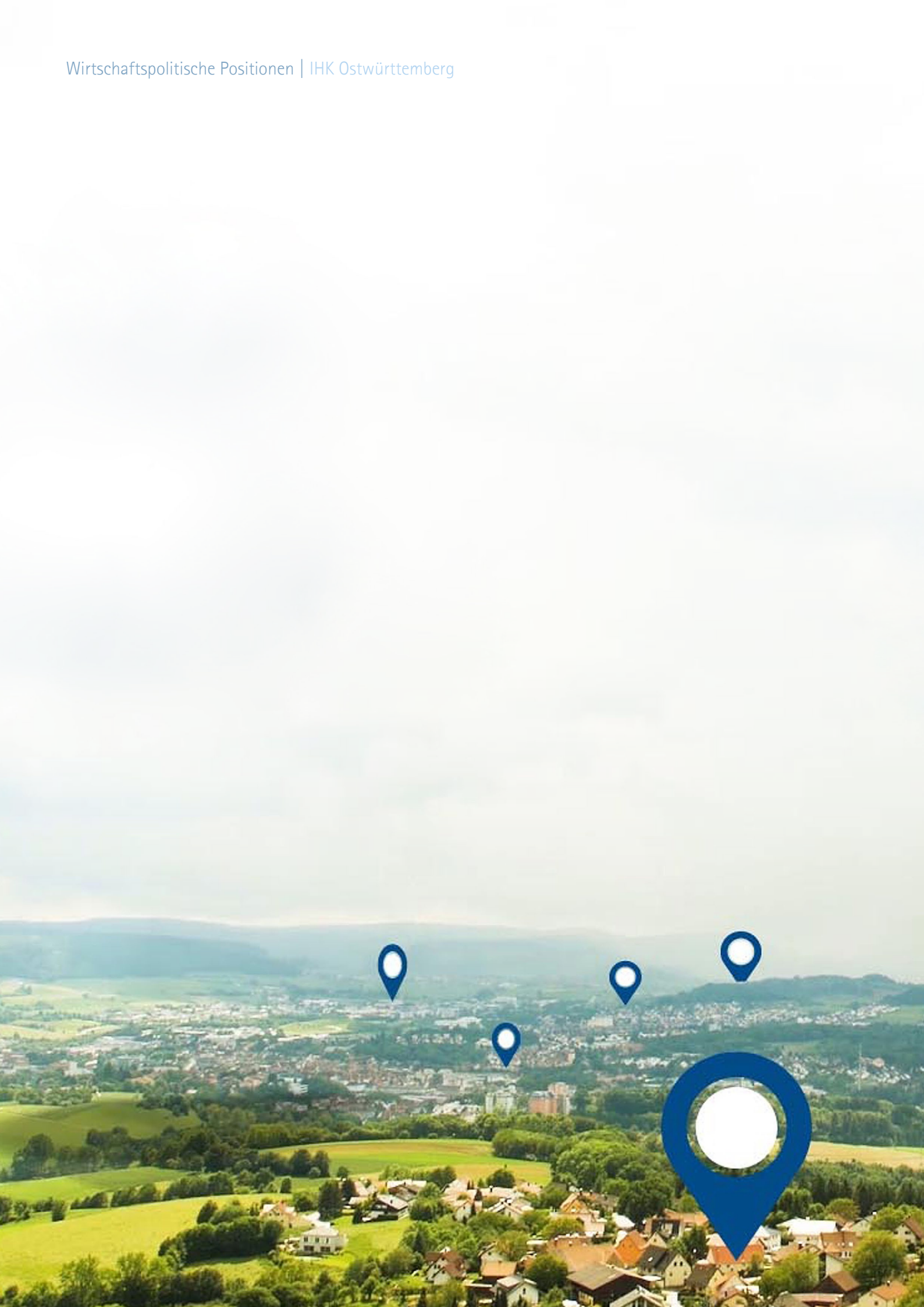
Die grundsätzliche Haltung der IHK wird auf Basis des Grundgesetzes und aller erfolgten verfassungsrechtlichen Entscheidungen im Wesentlichen bestimmt durch das Eintreten für die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft, für die Wahrung der Menschenrechte, für ethisches Handeln im Sinne eines ehrbaren Kaufmanns, für Wachstum und Wohlstand, für die Selbstregulierungskräfte der Märkte, gegen Bürokratie und gesetzliche Überflutung und für offenen und fairen weltweiten Handel.

Die nachfolgende Aufstellung ist keineswegs vollständig oder abschließend. Vielmehr ist die Positionierung der IHK ein offener und stetig fortschreitender Prozess, der neue Themen, Erkenntnisse, Veränderungen und künftige Anforderungen immer wieder aufzugreifen hat. Die vorliegende Aufstellung enthält aber die wesentlichen Festlegungen, die die IHK Vollversammlung in zurückliegenden Sitzungen getroffen hat und die nun ergänzt und überarbeitet wurden. Auch wenn im Folgenden nach Positionen zur Regional-, Landes-, Bundes- und Europapolitik gegliedert wird, richten sich die Wünsche und Forderungen stets an alle Entscheidungsträger mit Einfluss auf das Thema.

Mit der Diskussion und der Verabschiedung der nachfolgenden Positionen durch die Vollversammlung macht die IHK erneut transparent, für welche Belange sich die Unternehmen aus der Region einsetzen und steht so im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.

Inhalt

12 PUNKTE FÜR DIE REGION	12
1. POSITIONEN ZUR REGIONALPOLITIK	14
1.1 BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG	14
1.1.1 BERUFLICHE AUSBILDUNG IN OSTWÜRTTEMBERG	14
1.1.2 BERUFLICHE WEITERBILDUNG IN OSTWÜRTTEMBERG	15
1.2. INFRASTRUKTUR UND DIGITALISIERUNG	17
1.2.1 INFRASTRUKTUR	17
1.2.2 DIGITALISIERUNG	17
1.2.3 DIGITALISIERUNGSZENTRUM (DIGITAL HUB) OSTWÜRTTEMBERG	23
1.3 INDUSTRIE	24
1.4 VERKEHR UND LOGISTIK	25
1.5 HANDEL UND TOURISMUS	25
1.5.1 HANDEL	25
1.5.2 TOURISMUS	26
1.6 DIENSTLEISTUNGSWIRTSCHAFT	27
1.7 GESUNDHEITSWIRTSCHAFT	27
1.8 GEWERBEFLÄCHENPOLITIK	28
1.9 BESTANDSSICHERUNG	29
1.10 „JUNGE WIRTSCHAFT“ – START-UP REGION OSTWÜRTTEMBERG	30
1.11 NETZWERKE UND ZUSAMMENARBEIT	31
1.12 GESAMTINTERESSENVERTRETUNG UND POLITIKBERATUNG	32
1.12.1 GESAMTINTERESSENVERTRETUNG	32
1.12.2 POLITIKBERATUNG	32



**KURZ-
FASSUNG**

Wir für Ostwürttemberg

Im Überblick:

12 Punkte für die Region.



Wir für Ostwürttemberg

12 Punkte für die Region

1. BILDUNG & QUALIFIZIERUNG

Wie es ist

Das deutsche Berufsbildungssystem gilt als ein Garant für die wirtschaftliche Stärke des Landes – gerade auch in Ostwürttemberg.

Was zu tun ist

Die politisch Verantwortlichen in Land und Bund und die teilnehmenden Akteure sollten sich gemeinsam mit uns dafür einsetzen

- den Herausforderungen in der dualen Berufsausbildung gerecht zu werden
- verstärkt Jugendliche für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen
- mit der Kampagne „Zukunft wird aus Beruf gemacht“ auf die Berufsausbildung aufmerksam machen
- gezielt auf Branchen und Berufe einzugehen
- die Weiterbildungsbeteiligung zu steigern
- die Transparenz und Qualität der Weiterbildungsangebote zu erhöhen
- effiziente und passgenaue Weiterbildung sowie Personalentwicklung zu ermöglichen
- dass europafähige Weiterbildung entsteht; über den Deutschen Qualifikationsrahmen zur Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen in der EU

2. INFRASTRUKTUR & DIGITALISIERUNG

Wie es ist

Für die Wirtschaft in Ostwürttemberg ist die Verkehrs-Anbindung an Absatz- und Beschaffungsmärkte existenziell. Ebenso schreitet die digitale Transformation voran: Der Anspruch gegenüber Unternehmen in Ostwürttemberg, schnell und flexibel auf die Anforderungen des Marktes und der Anwender zu reagieren, steigt kontinuierlich.

Was zu tun ist

- Straßen, Schienen und die digitale Infrastruktur müssen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden
- durch frühzeitige Erhaltungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur bessere Planbarkeit zu erreichen
- mit Breitbandanschlüssen, sicheren Knotenpunkten und belastbaren mobilen Datennetzen
- Umsetzung der Digitalen Agenda für Ostwürttemberg für die beste digitale Infrastruktur für Wirtschaft und Gesellschaft.
- wir werden die Digitalisierung unterstützen und den Wandel vorantreiben und das Konzept zur Errichtung des „Digital Hubs“ umsetzen

3. INDUSTRIE

Wie es ist

Ostwürttemberg verdankt seinen hohen Wohlstand in erheblichem Umfang seiner leistungsstarken und international wettbewerbsfähigen Industrie. Die Industrie in der Region hat nicht nur seit Jahrhunderten Tradition, sondern es werden auch Technologien zur industriellen Zukunft erforscht und entwickelt.

Was zu tun ist

- wir setzen uns dafür ein, und wünschen uns auch dabei die politische Unterstützung, dass beginnend mit der Ausbildung die Beschäftigten fit gemacht werden können für die Zukunft der Industrie
- die Industrie als Hauptmotor für die Innovationskraft im Land erhalten bleibt

Innovationen sichern Arbeitsplätze. Damit dies so bleibt

- müssen innovative Ideen rasch Zugang in den Markt finden können
- müssen mittels raschem Technologie- und Wissenstransfer Forschungsergebnisse schnell in die wirtschaftliche Wertschöpfung übertragen werden können
- der Wissens- und Forschungsstandort, d.h. die Hochschulen und Forschungsstandorte, müssen weiter gestärkt werden, damit die Industrie ihre Spitzenstellung behält

KURZ-
FASSUNG

4. VERKEHR & LOGISTIK

Wie es ist

Ostwürttemberg ist auch eine Pendler- und Logistikregion, die noch zu wenig über urbane Infrastruktur verfügt. Auf vielen Strecken bestehen schon heute Engpässe. Aber nicht nur Verkehrswege, sondern auch Verkehrsknoten oder Standorte von Logistikdienstleistern kommen so irgendwann an ihre Grenzen.

Was zu tun ist

- Ausbau der Knotenpunkte: gemeinsames Vorgehen von Kommunen und Logistik-Dienstleistern zur Zukunftssicherung.
- Verbesserung des Images der Logistik-Dienstleister vorantreiben
- Politik und Verwaltung müssen den Erhalt und gegebenenfalls auch den Ausbau der Infrastruktur, neben Straßen oder Schienen sind hier auch Flächen zu nennen, ermöglichen und in der Raumplanung bzw. Flächennutzungsplanung berücksichtigen
- Gewerbegebiete und logistische Flächen müssen verkehrlich gut angebunden werden
- bei bestehenden Ansiedlungen ist die Erschließung zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern

5. HANDEL & TOURISMUS

Wie es ist

Der intensive Wettbewerb im Handel hat Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden auch in Ostwürttemberg. Die Tourismusbranche in der Region, allen voran das Gastgewerbe, ist mehrheitlich geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Was zu tun ist

- die IHK befürwortet die Einhaltung des Zentrale-Orte-Systems, insbesondere für die Steuerung von großflächigen Einzelhandelsvorhaben.

Daneben sollten

- individuelle Stärken der Stadt im Rahmen eines ganzheitlichen Konzeptes entwickelt werden
- die örtliche Kooperation der Handels- und Tourismusunternehmen intensiviert werden
- Rahmenbedingungen für den mittelständisch strukturierten Handel entbürokratisiert werden
- in öffentlicher Planung kleinere und mittlere Unternehmen verstärkt berücksichtigen
- verlässliche Rahmenbedingungen und wirksame Kontrollen statt Bürokratieaufbau
- Doppelstrukturen in der Tourismusförderung abbauen

6. DIENSTLEISTUNGS- WIRTSCHAFT

Wie es ist

Die Dienstleistungsbranche in der Region hat in den letzten Jahren immer weiter an Bedeutung gewonnen. Rund 12.000 Unternehmen gibt es in Ostwürttemberg in den Teilbranchen Finanzdienstleistung, Freizeit und Gesundheit, Immobilien, Information und Kommunikation, Persönliche Dienstleistungen, Logistik, Versicherungen und Banken sowie unternehmensnahe Dienstleistungen. Sie tragen einen erheblichen Anteil zur Wertschöpfung der Region bei.

Was zu tun ist

- Herausforderung Fachkräftesicherung: Die Angebote und Projekte der Fachkräfteteallianz gilt es künftig noch bekannter zu machen
- weitere Internationalisierung
- in den Auslandsmärkten gibt es enorme Wachstumspotenziale: darüber gilt es stärker zu informieren und den Betrieben Unterstützungsangebote vorzustellen
- das Service-Engineering als wichtige Kompetenz: wir engagieren uns weiter gemeinsam mit den baden-württembergischen IHKs und Partnern



7. GESUNDHEITS- WIRTSCHAFT

Wie es ist

In Ostwürttemberg sind es vor allem mittelständische Unternehmen, die sich mit ihren Dienstleistungen und Produkten in der regionalen Gesundheitswirtschaft spezialisiert haben. Außerdem gibt es einige Marktführer, die auch auf den Weltmärkten eine bedeutende Rolle spielen. Vor allem die produzierenden Unternehmen im Gesundheitssektor haben hinsichtlich Wertschöpfung und Beschäftigungswirkung eine große Bedeutung.

Was zu tun ist

- den Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft gilt es weiter zu entwickeln und stärker bekannt zu machen
- beim Thema Gesundheitsförderung hat die IHK Ostwürttemberg einen ERFA-Kreis Betriebliche Gesundheitsförderung gegründet. Hier sind aktuell rund 25 Betriebliches-Gesundheitsmanagement (GBM-Verantwortliche) aus Unternehmen und Institutionen vernetzt
- wir setzen uns dafür ein, für die Bedeutung der Branche zu sensibilisieren und deren wirtschaftliche Stärke darzustellen und erstellen regelmäßige Standortstudien zur Gesundheitswirtschaft und
- wir setzen uns auch dafür ein, dass Potenziale im Studienangebot der regionalen Hochschulen gehoben werden

8. GEWERBE- FLÄCHENPOLITIK

Wie es ist

Zum Wohlstand Ostwürttembergs tragen viele kleine und mittlere Unternehmen sowie Weltmarktunternehmen bei. Voraussetzung ist jedoch ausreichend Raum, mit geeigneten Gewerbeflächen an der richtigen Stelle. Im Projekt „Gewerbeperspektive Ostwürttemberg“ hat die IHK Ostwürttemberg deshalb 2014, gemeinsam mit dem Regionalverband, den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis Potenziale und Anforderungen an Gewerbeflächen unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten erhoben.

Was zu tun ist

- Etablierung eines regionalen Flächenmanagements als Prozess
- zunehmende interkommunale Gestaltung der künftigen Gewerbeflächenentwicklung
- vorhandene Flächenpotenziale im Konsens mobilisieren
- neue Konzepte für zukunftsfähige Gewerbegebiete passgenau erarbeiten

9. BESTANDS- SICHERUNG

Wie es ist

Die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg beherbergt 434.000 Menschen, über 170.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und rund 32.000 Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung, deren Bestand und Zukunft es zu begleiten gilt.

Was zu tun ist

- Bestandssicherung als erstes Verständnis im Handeln für eine starke Wirtschaft der Region
- wir setzen uns ein für Potenzial, Know-How und wertorientiertes Wirtschaften im Sinne des ehrbaren Kaufmanns.
- Unternehmensnachfolgen begleiten und unterstützen
- Unternehmensverlagerungen vermeiden
- Prozesse vereinfachen, Bürokratie abzubauen
- Unternehmen in den Wachstumsbranchen bedarfsgerecht fördern, z.B. durch Anreizprogramme, Bürokratieentlastung und spezielle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen
- Ostwürttemberg benötigt Finanzierung von Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung, intelligent vernetzte Wirtschaftspolitik
- Fachkräfteversorgung von High-tech-Unternehmen in Ostwürttemberg sicherstellen





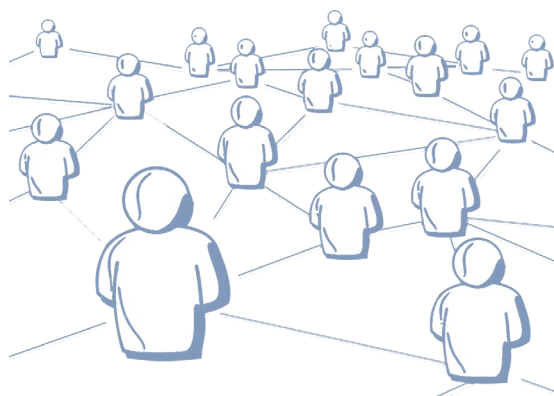
10. START-UP REGION OSTWÜRTTEMBERG

Wie es ist

Bei Existenzgründungen hat die Region Ostwürttemberg enorme Potenziale, auf denen sich aufbauen lässt. So zeigt eine Untersuchung von Creditreform zu den High-Tech-Gründungen im Zeitraum 2012 bis 2016, dass die Region gemessen am bundesdeutschen Anteil dieser Gründungen von 7,1 Prozent gut abschneidet.

Was zu tun ist

- die Start up Region Ostwürttemberg erfolgreich etablieren, um die Gründungslust sowie das unternehmerische Denken vor allem bei Hochschülern der Region zu steigern, die Erfolgchancen junger Gründerteams zu erhöhen, etablierte Unternehmen und Start-ups miteinander zu vernetzen
- das Start-Up Ökosystem Ostwürttemberg zu stärken sowie nach außen zu vermarkten.
- Kooperationen mit den Pegasus-Vereinen, den Wirtschaftsjuvenen Ostwürttemberg und dem Wirtschaftsclub Ostwürttemberg stärken
- Ausbau von Mentorenprogrammen für innovative GründerInnen und Start-ups



11. NETZWERKE & ZUSAMMENARBEIT

Wie es ist

Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung dürfen von der IHK Ostwürttemberg eine exzellente Vernetzung und Zusammenarbeit, die für sie daraus entstehenden Mehrwerte, Kooperationen, Kontakte und ein pragmatisch gutes und einfaches Miteinander erwarten.

Was zu tun ist

- die IHK Ostwürttemberg versteht sich weiterhin als Bindeglied zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
- das Ehrenamt muss bei der Politik auf Bundes- sowie auf Landesebene weiterhin einen hohen Stellenwert genießen.
- ein Fokus sollte auf das wirtschaftspolitische Ehrenamt seitens Bundes und Landesregierung gelegt werden.

12. GESAMT-INTERESSEN-VERTRETUNG & POLITIKBERATUNG

Wie es ist

IHK ist Sprecher der Betriebe der Region und vertritt das wirtschaftliche Gesamtinteresse. Objektivität und Unabhängigkeit von Politik und Einzelinteressen begründet die gesetzliche Mitgliedschaft. Denn nur sie gewährleistet die gleichberechtigte Mitwirkung kleiner, mittlerer und großer Unternehmen an der Meinungsbildung ihrer IHK. D. h. Findung wirtschaftspolitischer Positionen mit Vorschlägen und Forderungen an die verschiedenen Ebenen der Politik werden vorab von der IHK Vollversammlung bestimmt: Sie sind die Grundlagen und damit die Legitimation für die politische Arbeit der IHK

Was zu tun ist

- IHK als Sprecher und Verfechter für das Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft verstehen
- Politik muss insbesondere bei Wirtschafts- und Standortthemen verstärkt den Dialog mit der IHK suchen
- IHK als Informationsdrehscheibe für die gewählten politischen Vertreter auf Regions, Landes- und Bundesebene
- Bottom-up-Prinzip im Meinungsbildungsprozess durchgängig gestalten





Wir für die Wirtschaft.

**Regionalpolitische Positionen
der IHK Ostwürttemberg**



1. POSITIONEN ZUR REGIONALPOLITIK

1.1 BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

1.1.1 BERUFLICHE AUSBILDUNG IN OSTWÜRTTEMBERG

Wie es ist

Seit über einem Jahrhundert gibt es die duale Berufsausbildung, die im In- und Ausland einen hervorragenden Ruf genießt. Das deutsche Berufsbildungssystem gilt als ein Garant für die wirtschaftliche Stärke des Landes – auch in Ostwürttemberg. In der dualen Berufsausbildung werden junge Menschen zu Fachkräften gebildet, die einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Unternehmen leisten. Eine abgeschlossene Ausbildung bietet zudem gute Perspektiven für den weiteren beruflichen Werdegang.

Seit einigen Jahren jedoch steht das duale Ausbildungssystem zunehmend unter Druck. Mehr unbesetzte Ausbildungsplätze, zunehmende Akademisierung und weniger Schulabgänger sowie mehr vorzeitige Vertragsauflösungen: Dies stellt immer mehr Unternehmen vor das Problem, geeigneten Nachwuchs zu finden. Immer mehr Jugendliche verbleiben im Übergangssystem zwischen allgemeinbildenden Schulen und der Berufsausbildung. Noch nie gab es so viele Studierende wie Auszubildende. Der Trend zur akademischen Bildung nimmt jedes Jahr zu.

Was zu tun ist

Als Teil eines funktionierenden Netzwerkes in der Region bietet die IHK Ostwürttemberg unterschiedliche Maßnahmen und Initiativen an, um den Herausforderungen

in der dualen Berufsausbildung gerecht zu werden. Dazu steht die IHK auch künftig mit verschiedenen Einrichtungen wie bspw. der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, dem Land sowie dem Landkreis Heidenheim und dem Ostalbkreis, aber auch den Kommunen im engen Austausch, um geeignete Maßnahmen und Angebote zu entwickeln.

Ziel muss es in der Zukunft noch mehr sein, Jugendliche für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen. Es muss Jugendlichen und deren Eltern deutlich gemacht werden, dass eine duale Berufsausbildung eine sehr gute Alternative zu einem Studium ist.

Um dies zu erreichen, ist eine landesweite Initiative geplant, die in erster Linie an die Eltern gerichtet ist. Dabei sollen Eltern daran erinnert werden, dass sie auch stolz auf ihre Kinder sein können, wenn sie nicht den akademischen Weg einschlagen, sondern ihren beruflichen Weg mit einer dualen Berufsausbildung bestreiten. Diese Kampagne unter dem Titel „Elternstolz“ soll gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg sowie den baden-württembergischen Handwerkskammern durchgeführt werden. Ergänzend wird die IHK in der Region mit einer eigenen Kampagne unter dem Titel „Zukunft wird aus Beruf gemacht“ auf die duale Berufsausbildung aufmerksam machen und gezielt auf bestimmte Branchen und Berufe eingehen.

Des Weiteren wird es auch in Zukunft verschiedene Initiativen zur Berufsorientierung und der Verbesserung der Ausbildungsreife von Jugendlichen geben:

Dies umfasst zum einen die Beteiligung an Bildungsmessen in der Region, als wichtige Plattformen für den direkten Dialog zwischen den Unternehmen und den zukünftigen Bewerbern. Und zum anderen den kontinuierlichen Ausbau des Projektes „Ausbildungsbotschafter“ mit verschiedenen Schwerpunkten. Dabei spielt die verstärkte Elternarbeit an den allgemeinbildenden Schulen eine große Rolle. Ziel soll es sein, Ausbildungsbotschafter in den Elternabenden zu integrieren. Darüber hinaus sollen auch in den Gymnasien die Schüler mittels eines Ausbildungsbotschafters informiert werden. Es wird eine hundertprozentige Abdeckung in der Region angestrebt. Zudem sollen sogenannten Seniorbotschafter, die von ihrer abgeschlossenen Berufsausbildung erzählen können, verstärkter eingesetzt werden. Ein weiteres Angebot wird auch in Zukunft die Berufsorientierungsbroschüre „läuft – Dein Weg in den Beruf“, mit vielen Informationen zum Berufsstart und Ausbildungsberufen inkl. einem Lehrstellenatlas, sein.

Ein bestehendes und inzwischen seit einigen Jahren etabliertes Projekt sind die Bildungspartnerschaften, die an allen Schulen in der Region vereinbart wurden. Die Nachhaltigkeit des Projektes soll ausgebaut und mit

weiteren und neuen Partnerschaften verstetigt werden.

Auch der Girls-Day ist eine gut geeignete Initiative und seit vielen Jahren bekannt. Bei dieser Aktion sollen junge Mädchen für einen technischen Beruf aufmerksam gemacht werden. Deshalb wird auch in Zukunft diese Initiative von der IHK unterstützt und im neuen Bildungszentrum ein Angebot für diesen Tag gemacht.

Zudem wird sich die IHK beim bundesweiten Tag der Ausbildungschance beteiligen und einen zusätzlichen Tag der Berufsorientierung mit der Veranstaltung „Comedy macht Schule“ anbieten.

Damit kein Schüler am Übergang zwischen Schule und Beruf verloren geht, wird es auch in Zukunft bei Bedarf Nachvermittlung- oder Matching-Aktionen geben. Auch für leistungsschwache Jugendliche und Erwachsene ohne Berufsabschluss wird es in Zukunft Aktivitäten geben. Dies umfasst die Akquise und die Vermittlung von

Plätzen zu Einstiegsqualifizierungen. Im Hinblick auf junge Geflüchtete wird dieses Angebot in Zukunft stärker zunehmen. Für geringqualifizierte junge Erwachsene über 25 wird es Angebote für Teilqualifikationen geben, damit sie in kleinen Schritten eine Berufsausbildung oder Bausteine einer Berufsausbildung erhalten.

Ein weiteres Bewerberpotenzial werden in den kommenden Jahren junge Geflüchtete sein, die nach der Sprachförderung die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass sie in eine duale Berufsausbildung einmünden können. Deshalb wird sich der „Kümmerer“ der IHK (eine vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau geförderte Stelle) für diese Jugendlichen einsetzen und versuchen, jeden der eine Berufsausbildung machen möchte, diesen in ein Unternehmen zu vermitteln.

Zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung soll sich die IHK auch in Zukunft an Initiativen und Aktionen in der Region beteiligen und sich auch über die Re-

gion hinaus, für die duale Berufsausbildung stark machen.

Um die Ausbildungsqualität auch in Zukunft aufrecht zu erhalten, sind gut ausgestattete und funktionierende Berufsschulen wichtig, dazu zählt neben der sächlichen Ausstattung auch die Unterrichtsversorgung mit geeigneten Lehrkräften. Es muss gewährleistet sein, dass der Unterrichtsausfall an den Berufsschulen auf ein Minimum reduziert wird. Des Weiteren soll die Digitalisierung in der schulischen Bildung, aber auch in der betrieblichen Ausbildung, einen wichtigen Stellenwert haben.

Bei der IHK werden weiterhin jährlich die Prüfungsbesten Auszubildenden ausgezeichnet, um die Wertigkeit eines dualen Berufsabschlusses zu würdigen. Des Weiteren wird der Club 100 weiter angeboten um Auszubildenden, die in einem Teil der Abschlussprüfung 100 Punkte erreichen konnten oder landes- und bundesbester sind, eine besondere Wertschätzung zukommen zu lassen.

1.1.2 BERUFLICHE WEITERBILDUNG IN OSTWÜRTTEMBERG

Wie es ist

Die berufliche Weiterbildung gewinnt angesichts der demografischen Entwicklung weiter an Bedeutung, insbesondere das Angebot an nichtakademisch ausgebildeten Fachkräften mit hoher Qualifikation wird in den kommenden Jahren deutlich hinter der Nachfrage zurückbleiben. Zwischen 2013 und 2030 werden im Südwesten in jedem Jahr durchschnittlich 112.000 Techniker, Fach- und Betriebswirte, Meister und Fachkaufleute fehlen. Die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer muss länger erhalten werden. Bei immer kürzeren Halbwertszeiten des Wissens reichen einmal erworbene Qualifikationen immer weniger

aus, um die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen zu können.

Was zu tun ist

Neben einer guten Ausbildung gilt es daher, die Weiterbildungsmöglichkeiten im Lebenslauf zu verbessern. Die breite Palette der IHK-Aufstiegsfortbildungen spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung und die Verbesserung der Transparenz und Qualität im Bereich der Weiterbildungsangebote sind wichtige Zielsetzungen.

Mit Ihrem umfangreichen Angebot an Qualifizierungsmöglichkeiten zum Fachwirt,

Fachkaufmann, Meister und Betriebswirt bietet die IHK Ostwürttemberg den Unternehmen und deren Mitarbeitern vielfache Möglichkeiten, sich beruflich zu qualifizieren, das Fachwissen auf- und auszubauen und so den beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Da Stillstand zugleich Rückschritt bedeutet, bedarf es für die Zukunft eine ständige Aktualisierung des Angebotes, um den Anforderungen der Wirtschaft gerecht zu werden.

Die Weiterbildung muss auch in Zukunft in der Verantwortung der Betriebe und ihrer Belegschaften bleiben. Unternehmen brauchen Gestaltungsfreiheiten, die ihnen eine effiziente und passgenaue Weiterbildung

und Personalentwicklung ermöglichen. Die IHKs unterstützen Unternehmen mit innovativen Bildungs- und Beratungskonzepten und fördern Wirtschaftsnähe von Weiterbildung durch die Einbeziehung von Experten aus der betrieblichen Praxis und die enge Zusammenarbeit mit Netzwerken und Bildungsträgern.

Eine begleitende Personalentwicklung sowie maßgeschneiderte Qualifizierungen für die Unternehmen der Region sind hierfür der richtige Weg. Bei regelmäßigen Betriebsbesuchen sollen in persönlichen Gesprächen Informationen, Tipps und individual geeignete Angebote zur Beruflichen Weiterbildung unterbreitet werden.

Soweit öffentliche Zuwendungen für die individuelle Weiterbildung gewährt werden, sollen sie so flexibel wie möglich und mit Bezug auf den betrieblichen Bedarf vergeben werden. Für an- und ungelernte Mitarbeiter mit und ohne Migrationshintergrund

sowie Wiedereinsteiger in den Beruf hat sich die Förderung der betriebsnahen Qualifizierung bewährt.

Über Fördermöglichkeiten und Programme der Agenturen, z. B. WeGebAU, sind die Unternehmen zu informieren und in ihrer Umsetzbarkeit zu unterstützen.

Für Weiterbildungsangebote an den beruflichen Schulen muss das Gebot der Subsidiarität gelten. Priorität hat das Angebot der freien Träger vor Ort. Soweit Fördervereine der Berufsschulen im Einzelfall in der Weiterbildung tätig werden, muss dies mit den regionalen/lokalen Trägern abgestimmt werden.

Kooperationen sind hier für den Weiterbildungsbedarf der regionalen Unternehmen sinnvoll. Es muss Ziel der regionalen Partner sein, ein praxisnahes und bedarfsgerechtes Qualifizierungsangebot für die Region Ostwürttemberg zu bieten.

Weiterbildung muss europafähig werden. Der Deutsche Qualifikationsrahmen kann die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen in der EU erleichtern. Für Fortbildungsabschlüsse wie Fachwirte oder Meister, die akademischen Abschlüssen vergleichbare Kompetenzniveaus erreichen, sollte die international verständliche Abschlussbezeichnung „Bachelor Professional“ verwendet werden. Das würde die Durchlässigkeit zwischen beruflichem und hochschulischem Bildungssystem sowie die Mobilität der Absolventen befördern. Dieses Ziel ist gerade im Hinblick auf die von Unternehmen geforderte Mobilität der Beschäftigten in der Zukunft mit Nachdruck zu verfolgen. Hierzu sind alle möglichen Akteure mit ins Boot zu holen. Denn eine Internationalisierung der beruflichen Abschlüsse erhöht auch die Bedeutung und Anerkennung der beruflichen Weiterbildung in Deutschland und in der Region.

1.2. INFRASTRUKTUR UND DIGITALISIERUNG

1.2.1 INFRASTRUKTUR

Wie es ist

Für die Wirtschaft Ostwürttembergs ist die verkehrliche Anbindung an Absatz- und Beschaffungsmärkte existenziell. Auch der Warenaustausch, die Ver- und Entsorgung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche, kann nur mit einer gut ausgebauten Infrastruktur bewältigt werden. Letzteres gilt auch für die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse der Menschen. Heute reichen die Kapazitäten auf vielen Verkehrswegen und in vielen Verkehrsknoten nicht mehr aus. Daher muss sich die Entwicklung der gesamten Verkehrsinfrastruktur über alle Verkehrsträger hinweg an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen orientieren. Die Verkehrsinfrastruktur von Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr als wichtiger Standortfaktor auf allen Ebenen muss auch zukünftig dem Bedarf entsprechend in gutem Zustand erhalten, ausgebaut und optimiert werden. Außerdem muss die vorhandene Infrastruktur durch innovative Instrumente besser ausgenutzt werden.

1.2.2 DIGITALISIERUNG

Breitbandanschlüsse, sichere Knotenpunkte sowie belastbare mobile Datennetze – Ostwürttemberg muss die beste digitale Infrastruktur für Wirtschaft und Gesellschaft bieten.

Wie es ist

Was zu tun ist

Straßen und Schienen müssen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Die Region Ostwürttemberg muss bei der Ausstattung mit Finanzmitteln für Verkehrsinfrastrukturprojekte entsprechend seiner Wirtschaftskraft, seinem Motorisierungsgrad, seiner vergleichsweise schwierigen Topografie und seiner Bedeutung als Transitland besser gestellt werden als bisher. Stärker als bisher muss daher auch das Land seinen finanziellen Nachholbedarf im Verhältnis zu den anderen deutschen Flächenländern betonen. Und auch in Baden-Württemberg muss die Verkehrsinfrastruktur im Hinblick auf das Verkehrswachstum bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Die im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen regionalen Projekte des vordringlichen Bedarfs auf der B 29 müssen zügig umgesetzt werden:

- Vierstreifiger Ausbau nebst Ortsumfahrungen im Anschluss an den Einhorn-Tunnel in Schwäbisch Gmünd bis nach Aalen
- Dreistreifiger Neubau zwischen Röttingen

und Nördlingen

- Zweistreifiger Neubau zwischen Unterkochen und Ebnat (inkl. Ortsumfahrung Ebnat)
- Hinsichtlich einer attraktiven Anbindung und Bedienung auf der Schiene (Remsbahn, Brenzbahn, Riesbahn und Jagstbahn) sollte sich auch die Region Ostwürttemberg kontinuierlich gegenüber den Bahnen des Personenfernverkehrs einsetzen. Zudem:
- Partiiell zweigleisiger Ausbau der Brenzbahn zwischen Aalen und Ulm
- IC-Streckenführung Karlsruhe - Nürnberg weiterhin auf der Rems- bzw.- Jagstbahn

Durch frühzeitige Erhaltungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur kann in jeglicher Hinsicht eine bessere Planbarkeit erreicht werden: Verkehrsbehinderungen werden minimiert, die Nutzungsdauer verlängert, Kosten gesenkt, Verkehrssicherheit erhöht. Somit entsteht eine mehrfache Win-Win-Situation, vor allem wird die Qualität des Verkehrsnetzes erhöht.

men in Ostwürttemberg das Internet.

Die Transformation von Prozessen, Arbeitsteilungen und Kooperationen mit Geschäftspartnern, z. B. für Entwicklungen, Einkauf, Produktion, Logistik oder Vertrieb beschleunigt sich zunehmend. Für die mobile Arbeitswelt und zur Steigerung der Mitar-

beiterproduktivität werden zukünftig immer mehr Arbeitsplätze transformiert (virtuelle Arbeitsplätze). Zudem wandern immer mehr geschäftliche Daten wie Firmendatenbanken und geschäftliche Dokumente ins Internet. Für Unternehmen sind leistungsstarke Breitbandanschlüsse, sichere Knotenpunkte sowie belastbare mobile Datennetze Grundvoraussetzung, um auch in Zukunft ein verzahntes und erfolgreiches Arbeiten sicherzustellen. Denn es müssen Informationen sowie Ergebnisse ausgetauscht und immer höhere Datenmengen sicher und schnell weitergeleitet werden können.

So lässt sich aus der bereits im Jahr 2015 durchgeführten Umfrage zur Technologiepolitik des Landes der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern ableiten, dass die Breitbandinfrastruktur aus Sicht der Unternehmen einer der wichtigsten Standortfaktoren ist. Die regionale Auswertung für Ostwürttemberg ergab, dass sogar jedes zweite befragte Unternehmen durch eine unzureichende Breitbandversorgung in Forschung und Entwicklung gehemmt wird.

Perspektivisch wird die Nachfrage nach hochleistungsfähigen Internetanschlüssen in der Wirtschaft weiter ansteigen. Dabei kommt es bei zahlreichen Anwendungen, die in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen werden, nicht nur auf hohe Bandbreiten, sondern auch auf eine hohe Qualität bezogen auf Kriterien wie z. B. Symmetrie, Paketverlust und Latenz an. Anforderungen an die Leistung erfüllen auf absehbare Zeit nur Glasfaseranschlüsse. Diese sind zudem für Mobilfunkstandorte der fünften Generation (5G) erforderlich.

Die Breitbandversorgung wird primär dem Wettbewerb überlassen. Die öffentliche Hand darf nur bei Marktversagen tätig werden. Dadurch ist eine intensive Abstimmung zwischen privaten Breitbandanbietern und den Kommunen notwendig, so dass Ergeb-

nisse einer Markterkundung auch verpflichtende Rechtswirkung entfalten kann.

Das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG) des Bundes führt u. a. dazu, dass Kommunen künftig Erschließungen auf eigene Rechnung durchführen müssen, bei denen es bisher Fördergelder gab. Es muss beim Bund darauf hingewirkt werden, dass das DigiNetzG eine praxistaugliche Anpassung erfährt und Handlungsleitlinien festgelegt werden.

• Versorgungssituation in Ostwürttemberg

Auf Basis der Daten des sogenannten Breitbandatlasses des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur wurde vom TÜV Rheinland die Breitbandversorgung der Landkreise in Baden-Württemberg analysiert. So liegt in Ostwürttemberg der Versorgungsgrad an schnellen Internetanschlüssen mit 50 Mbit/s oder mehr im Download bei 83 Prozent. Der relativ hohe Versorgungsgrad in Ostwürttemberg ist vor allem durch verfügbare Kabelnetzanschlüsse zurückzuführen. In Ostwürttemberg werden durch diese aktuell 50 bis 75 Prozent der Haushalte mit schnellen Anschlüssen versorgt. In Ostwürttemberg können lediglich bis zu 10 Prozent der Haushalte auf Anschlüsse mit Glasfaserinfrastruktur (FTTB/H), die Bandbreiten jenseits von 100 Mbit/s gewährleisten, zurückgreifen. Neben leistungsgebundenen Technologien spielt eine hochbitratige Mobilfunkversorgung für die Breitbandversorgung eine wesentliche Rolle. In Ostwürttemberg sind zwischen 75 bis 95 Prozent der Haushalte über LTE an das mobile Netz angebunden.

• Aktivitäten der Landkreise und Kommunen in Ostwürttemberg

Der Ostalbkreis hat mit dem vom Land geförderten Modellprojekt „kreisweite Planung

eines Höchstgeschwindigkeitsnetzes“ die Grundlage für den sukzessiven FTTB-Ausbau der Breitbandinfrastruktur im Rahmen der wettbewerbs- und beihilferechtlichen Möglichkeiten gelegt und setzt Ausbauprojekte in Kooperation mit seinen Kommunen um. Ziel ist auch hier ein möglichst flächendeckender Glasfaserausbau. Außerdem beteiligt sich der Ostalbkreis mit weiteren sieben Landkreisen und über 200 Kommunen im Verbund „Komm.Pakt.Net“. Dieser bündelt die Interessen und schafft Synergien. Im September 2017 konnte ein Netzbetriebsvertrag für den Ostalbkreis abgeschlossen werden.

Der Landkreis Heidenheim verfolgt eine integrierte und flächendeckende Ausbaustrategie sowie eine landkreisüberschreitende Kooperation mit der Gemeinde Böhmenkirch. Zwei Modellprojekte des Landes und andere wurden erfolgreich abgeschlossen und waren die Grundlage für die in allen kreisangehörigen Gemeinden vorliegenden Planungen, wie jedes Gebäude an Glasfaser angeschlossen werden kann (FTTB-Ausbau). Darauf aufbauend wurden mit allen Gemeinden Ausbauprioritäten festgelegt. Fördermittel werden bestmöglich in Anspruch genommen.

Was zu tun ist

• Klares politisches Glasfaser-Infrastrukturziel verfolgen

Eine hochleistungsfähige Breitbandinfrastruktur ist Basis für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Das bisherige Ziel der Bundesregierung, bis 2018 alle Haushalte flächendeckend mit einem Internetanschluss mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s auszustatten, wird aller Voraussicht nach nicht erreicht werden und ist zudem von gestiegenen Bedarfen überholt worden. Bereits heute muss der langfristige Bedarf beim Auf- und Ausbau von Glasfasernetzen berücksichtigt werden. Dafür

muss die politische Zielsetzung angepasst werden. Die Politik sollte den Plan verfolgen, eine flächendeckende Versorgung – auch des ländlichen Raums – mit Glasfaser-Infrastruktur bis an die Gebäude heran (FTTB) bzw. bis in die Gebäude hinein (FTTH) bis 2025 sicherzustellen.

5G-Abdeckung setzt eine konsequente Planung voraus. Deutlich sollte gemacht werden, welche Ausbaustrategie gerade im Ländlichen Raum verfolgt wird. Sofern die öffentliche Hand hier gefordert sein sollte, muss auf die Förderfähigkeit einer 5G-Planung bei Bund und Land erörtert werden.

- Breitbandbedarf der Wirtschaft berücksichtigen – Unternehmen versorgen

Die Anforderungen der Wirtschaft hinsichtlich einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur unterscheiden sich von denen privater Haushalte – insbesondere bezogen auf Latenz und Verfügbarkeit. Die Bedarfe der Unternehmen sind den Landkreisen und ihren Kommunen bewusst. In den Ausbauszenarien beider Landkreise haben die gewerblichen Bedarfe oberste Priorität. Um den Kommunen den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft mitteilen zu können, soll ein Instrument wie z. B. ein regionaler Breitbandatlas geschaffen werden. So können die Landkreise und ihre Kommunen argumentativ die Bemühungen des Landes um eine Erhöhung der Eingriffsschwellen für die öffentliche Hand unterstützen.

- Ausbau schneller vorantreiben

Die Tatsache, dass in den beiden Landkreisen der Ausbau leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur sehr engagiert vorangetrieben wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Breitbandbedarf derzeit schneller wächst als Ausbauprojekte realisiert werden können. Vor diesem Hintergrund sollte auch überprüft werden, inwieweit bürokratische Belastungen im Förderverfahren ab-

gebaut werden können, um den Ausbau zu beschleunigen. Unnötige Bürokratisierung und damit einhergehende Verzögerungen zwischen Planungsbeginn, Förderbescheid und Netzbetrieb sind zu vermeiden.

- Förderbedingungen für eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur weiterentwickeln

Von besonderer Bedeutung ist, dass insbesondere in Regionen ohne marktgetriebenen Ausbau die öffentliche Hand auch weiterhin den Glasfaserausbau bis in die Gebäude hinein effektiv finanziell unterstützt. Denn derzeit ist der weitere FTTB/H-Netzausbau in Gebieten, in denen z. B. bereits ein Glasfaserausbau bis hin zu den Kabelverzweigern stattgefunden hat, nicht förderfähig. Die öffentliche Hand sollte den weiteren Ausbau des Netzes auch finanziell weiter unterstützen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass gerade Gewerbegebiete, die bereits mit FTTC erschlossen sind, von Innovationssprüngen abgekoppelt werden.

Fördermittel von Bund und Land in ausreichender Höhe, die unkompliziert beantragt werden können, beschleunigen den Ausbau maßgeblich. Hierbei ist auf die Kompatibilität von Bundes – und Landesförderung zu achten. Es gibt keine Alternativen zum FTTB-Ausbau. Fördertatbestände sollten sich alle am Endziel Glasfaserausbau bis in jedes Gebäude FTTB orientieren. Vectoringausbau als Deckungslückenförderung sollte auf keinen Fall dazu gehören.

- Aktive Kommunikationsarbeit

Die Nachfrage nach hohen Bandbreiten sollte zukünftig noch stärker und sichtbarer kommuniziert werden. Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit können u. a. die Nachfragegruppen mobilisiert werden. Die Folge: die Anschlussrate wird erhöht (Vorvermarktung) – und damit die Refinanzierung der Investitionskosten gesichert. In der Kom-

munikation mit den Unternehmen sollten die Chancen der Digitalisierung und der Nutzen von ultraschnellen Breitbandanbindungen besonders hervorgehoben werden. Hierzu sollten die regionalen Akteure ein Kommunikationskonzept erarbeiten in dem alle Ansprechpartner rund um die Thematik benannt werden können.

Aus- und Weiterbildung

In Ostwürttemberg müssen die Beschäftigten und die kommenden Generationen auf ein sich veränderndes Arbeitsspektrum vorbereitet werden:

Wie es ist

- Digitalisierung der Arbeitswelt

Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt grundlegend und immer schneller verändern. Dadurch ändern sich auch die Qualifikationsanforderungen an die (potenziell) Beschäftigten. So werden durch die steigende Komplexität der auszuübenden Tätigkeiten mehr digitale Kenntnisse in deutlich mehr Berufen erforderlich. Zudem wird der Bedarf von Bildung und kontinuierlicher Weiterbildung zunehmen.

Es ist davon auszugehen, dass immer mehr Aufgaben, die bislang nur von Menschen erledigt werden konnten, zunehmend von Computern oder computergesteuerten Maschinen übernommen werden können.

- Situation in Ostwürttemberg

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht davon aus, dass im Jahr 2015 etwa 21,4 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis Heidenheim und etwa 20,4 Prozent im Ostalbkreis in einem Beruf gearbeitet haben, der ein hohes Substituierbarkeitspotenzial aufweist. In den beiden Landkreisen ist vor allem in den fertigungs- und fertigungs-

technischen Berufen sowie den Handels-, Verkehrs- und Logistikberufen das Substitutionspotential besonders hoch. Betrachtet man die einzelnen Anforderungsniveaus, ist für die beiden Landkreise insgesamt der Anteil der Beschäftigten mit einem hohen Substituierbarkeitspotenzial unter den Helfern (keine berufliche Ausbildung oder eine einjährige Berufsausbildung) und Fachkräften (eine mindestens zweijährige Berufsausbildung oder einen berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfach- oder Kollegscheule) am größten. Je höher das Anforderungsniveau ist, umso geringer ist der Anteil der Betroffenen. Unter den Spezialisten (Meister- oder Techniker Ausbildung bzw. weiterführender Fachschul- oder Bachelorabschluss) und Experten (ein mindestens vierjähriges abgeschlossenes Hochschulstudium) finden sich kaum Beschäftigte mit einem hohen Potenzial an substituierbaren Tätigkeiten.

Aufgrund der hohen Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes und damit auch von Fertigungs- und fertigungstechnischen Berufen weist Ostwürttemberg einen überdurchschnittlichen Anteil von Beschäftigten mit hohem Potenzial an substituierbaren Tätigkeiten auf.

Das IAB geht von einem deutlichen Strukturwandel beim Anforderungsniveau und bei der Berufsstruktur aus. Betroffen vom Strukturwandel sind insbesondere die für Ostwürttemberg wichtigen Berufe in der Metallherstellung/-bearbeitung, Industrie-, Werkzeugmechaniker, Elektro- sowie Büroberufe.

In Ostwürttemberg wächst aktuell der Bedarf der Wirtschaft an gut ausgebildeten Fachkräften stetig. Der Fachkräftenachwuchs wird aber immer knapper.

Außerdem ist die IT einer der wesentlichen Faktoren zur Wertsteigerung und Differenzierung des Maschinen- und Anlagen-

baus – die Kernbranche in Ostwürttemberg. Über die Digitalisierung werden wesentliche Wettbewerbsvorteile für den Maschinen- und Anlagenbau erzielt. Insbesondere der Mangel an IT-Fachkräften führt mittel- und langfristig zu einem Standortnachteil. IT-Fachkräfte sind schon jetzt für Unternehmen in der Region schlecht verfügbar. Zudem zeigt sich in den Kernbranchen auch, dass Experten der klassischen Ingenieursdomäne und der Informatik konzeptionell und durchgängig zusammenarbeiten müssen.

Was zu tun ist

- **Interdisziplinäre Ausbildung**

Um Wettbewerbsvorteile für Unternehmen insbesondere in der für Ostwürttemberg wichtigen Branche, dem Anlagen- und Maschinenbau, zu erzielen, muss eine stärkere Verschränkung der Aus- und Weiterbildung in der dualen und akademischen Ausbildung geschaffen werden. Dazu gehört auch der wechselseitige Austausch von Methoden, Prinzipien und Konzepten zwischen den Disziplinen. Der wechselseitige Austausch der Disziplinen kann z. B. durch spezifische Ausbildungsberufe und Weiterbildungsangebote sowie durch die Einführung neuer Masterstudiengänge erzielt werden.

- **Mobilisierung des Fachkräftepotentials**

Es gilt, alle vorhandenen Kompetenzpotentiale auszuschöpfen. Um dies zu erreichen, muss in Ostwürttemberg zielgerichteter gefördert werden. Gezielte Fördermethoden sind etwa die kontinuierliche Kompetenzentwicklung bezüglich der Digitalisierung bei älteren Personen, pausierenden Eltern und Pflegenden von Angehörigen durch

- **Internetgestützte Weiterbildungsangebote,**
- **Angebote für Update-Seminare z. B. nach Ende einer Familienpause,**

- **neue Arbeitszeitmodelle,**
- **Einrichtung von oder Nutzung bestehender Organisationen für Hilfen bei familiären Notfällen, damit Fachkräfte mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen Beruf und Familie vereinbaren können,**
- **Beratungsprogramme für Unternehmen und Verbreitung über die Multiplikatoren.**
- **Durch eine engere Verzahnung der Hochschulen mit der IHK und der Agentur für Arbeit müssen Studienabbrecher auf Möglichkeiten einer dualen Ausbildung aufmerksam gemacht werden.**
- **Zudem müssen Schüler insbesondere auch in den Gymnasien über IT-Berufsbilder und über Perspektiven einer dualen Ausbildung im IT-Bereich besser informiert werden.**
- **Nachfolgende Generationen vorbereiten**
- **Auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt sollte im gesamten Bildungsbereich frühzeitig vorbereitet werden, um einen erfolgreichen Übergang des Fachkräftenachwuchses in die Unternehmen zu ermöglichen.**
- **Die Entwicklung der „Digitalkompetenzen“ muss Inhalt in der berufsvorbereitenden Bildung sein. Neue Ausbildungsmodelle müssen die gewerblich-technischen Berufsbilder um Informatik ergänzen.**
- **In Ostwürttemberg muss die Vermittlung einschlägiger Basiskompetenzen in der Lehrer- und Berufsschullehrer- und -fortbildung verstärkt werden, um diese Kompetenzen frühzeitig an Schüler und damit die Fachkräfte von morgen heranzubringen.**
- **Modelle müssen weiterentwickelt werden,**

um die Jugendlichen für die Technik und insbesondere die Informatik zu begeistern, z. B. durch die Förderung von IKT-spezifischen Experimentier- und Praktikumsangeboten.

- Die technische Ausstattung der Schulen in Ostwürttemberg muss verbessert werden. Dabei dürften die Kommunen nicht auf sich alleine gestellt sein. Um eine möglichst flächendeckende Versorgung zu erreichen, sind Bund und Land in der Pflicht, die Schulträger mit entsprechenden Förderprogrammen zu unterstützen.

Weitere Maßnahmen:

- Bildungseinrichtungen und Beratungsstationen müssen sich ebenso auf die Entwicklung veränderter Berufsbilder einstellen und bestehende Beratungskompetenz weiterentwickeln. Mehr Transparenz verschafft Orientierung und hilft auch den Unternehmen, die passenden Stellen auszuschreiben.
- In der Aus- und Weiterbildung muss geprüft werden, in welchem Umfang digitale Kompetenzen für die künftige Generation von Facharbeitern erforderlich sind (Digitalisierung im Lehrplan aller Ausbildungsbereufe; Aufnahme in die Grundfachausbildungen in den gewerblichen Schulungen im IHK-Bildungszentrum).
- Die Bildungspartner (Unternehmen) in Ostwürttemberg müssen regelmäßig befragt werden, was diese von den Bildungsträgern als Angebot/Konzept benötigen, um angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und Individualisierung das Lernen wirksamer und zeitgemäßer zu gestalten.
- Es müssen verstärkt Angebote zu berufsbegleitenden Weiterqualifizierungen im Bereich der Digitalisierung angeboten werden. Zu diesem Zweck muss ein Ex-

pertenkreis eingerichtet werden, der als „Frühwarnsystem“ auf das Angebot entsprechender Inhalte drängt.

- Weiterbildungsangebote in der Region sollen transparent auf einer Plattform dargestellt werden, z. B. Vermittlung digitaler Kompetenzen an Ausbilder.
- Die Hochschulen müssen Inhalte zur Digitalisierung stärker in ihre Studienangebote einbauen, insbesondere fachübergreifende, problemorientierte Kompetenzen sollen verstärkt vermittelt werden (Aufnahme ins Grundstudium in allen Studiengängen.)
- Berufliche Bildungsmaßnahmen müssen wesentlich stärker an den Bedarfsprofilen der „Digitalen Wirtschaft“ orientiert sein.
- Die Digitalisierung der Schlüsselbranchen in Ostwürttemberg muss an den Hochschulen schon während der Ausbildung zukünftiger Fachkräfte berücksichtigt werden.
- Hochschulen mit IT-Schwerpunkten abgestimmt ausstatten, wie Datensicherheit, Datenmanagement u.v.m.

IKT-Strukturen

Ostwürttemberg muss Modellregion und Erprobungsraum für Zukunftsthemen werden.

Wie es ist

Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind die entscheidenden Querschnittstechnologien, welche alle Anwendungsbranchen im Prozess der Digitalisierung mitgestalten. In Ostwürttemberg sind zwar relevante Anwendungsbranchen angesiedelt, dennoch steht die Vernetzung zur IT-Branche noch aus. Mit seinem Netz an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen und der Kooperation zwi-

schen diesen Institutionen herrscht in Ostwürttemberg ein gutes Klima für Innovation und Forschung. Der Schulterschluss zwischen der Wirtschaft, Hochschulen, Landkreisen und der IHK Ostwürttemberg, offene Karrierewege sowie die Bereitschaft der regionalen Akteure offen mit neuen Technologien umzugehen und diese auch zu unterstützen, sichern langfristig erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer und die Positionierung Ostwürttemberg als wichtigen Standort für digitale Innovationen.

Mit stark überdurchschnittlichem Industriebesatz und hoher Investitionsquote der Industrie ist Ostwürttemberg traditionell industriell geprägt. Mit Blick auf die Branchenschwerpunkte in Ostwürttemberg ist festzuhalten, dass unter den berücksichtigten Branchen dem Anlagen- und Maschinenbau sowohl absolut als auch relativ die größte Bedeutung zukommt. Weitere bedeutsame Branchen in Ostwürttemberg sind die Branche der Metallerzeugnisse sowie der Optik. In diesen Branchen hat die Region ein Kompetenzprofil in zentralen Technologiefeldern entwickelt. Der Mittelstand umfasst etwa 48 Prozent der Betriebe in der Region. Darüber hinaus verfügt die Region über eine hohe Patentintensität (insb. geprägt durch große Unternehmen) und einem relativ hohen Anteil an Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung sowie Hochqualifizierten. Ostwürttemberg hat eine Hochschullandschaft mit starker MINT-Ausrichtung und hoher Anwendungsorientierung.

Gemessen an den Beschäftigtenzuwächsen und dem steigenden Anteil an Unternehmen ist festzuhalten, dass sich in den vergangenen Jahren die IT- und Softwarebranche in Ostwürttemberg am dynamischsten entwickelt hat.

Das produzierende Gewerbe ist der wichtigste Arbeitgeber in Ostwürttemberg. Um diese Position weiter auszubauen, ist eine auf

dem Weltmarkt wettbewerbsfähige produzierende Industrie zwingend erforderlich. So ist die Digitalisierung der Produktion (Industrie 4.0) eines der zentralen Herausforderungen für die Kernbranche der Region. Diese führt zu neuen Produkten, verändert Prozesse und Abläufe und bringt neue Geschäftsmodelle hervor.

Eine Sonderauswertung „Industrie 4.0 in Ostwürttemberg“ zur IHK-Umfrage „Technologiepolitik in Baden-Württemberg“ zeigt, dass 74 Prozent der befragten Unternehmen aus Ostwürttemberg Industrie 4.0 als zukünftig wichtiges Thema betrachten. Die Vorreiterrolle vieler regionaler Unternehmen wird dadurch bestätigt, dass jedes dritte befragte Unternehmen schon heute konkrete Industrie 4.0 Aktivitäten aufweist. 42 Prozent planen dies zeitnah, somit sind in absehbarer Zeit knapp vier von fünf der befragten Unternehmen im Bereich Industrie 4.0 aktiv.

Etwa jedes zweite Unternehmen sieht die Produktionsprozesse und den Kundenservice als Schwerpunktthema aktueller oder anstehender Industrie 4.0 Aktivitäten.

Die Unternehmen wissen mehrheitlich, was Industrie 4.0 für ihr Unternehmen bedeutet. Informiert fühlen sich im Gegenzug 17 Prozent weniger. Ausbaupotential besteht in etwa jedem zweiten Unternehmen hinsichtlich Ideen für die konkrete Umsetzung. Zudem finden über 60 Prozent der befragten Unternehmen vor Ort nur schwer oder sogar keine Kooperationspartner zur Umsetzung von Industrie 4.0 Lösungen.

Den größten Handlungsbedarf sehen die befragten Unternehmen in der IT-Infrastruktur. Weitere besonders wichtige Felder sind demnach die Bereiche Software und Benutzerschnittstellen sowie die IT-Sicherheit. Rund $\frac{3}{4}$ der Unternehmen betrachten die Einrichtungen von Industrie 4.0 Demonstrationen als sinnvoll.

Was zu tun ist

- **Stärkung der Hochschulen**

In den Hochschulen in Ostwürttemberg entstehen ständig neue Ideen, neues Wissen und neue Technologien. Der enge und wechselseitige Austausch von Hochschulen mit Akteuren aus Wirtschaft, und Gesellschaft ist deshalb ein bedeutender Motor für die Digitalisierung der Region. Deshalb muss die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in den Bereichen Lehre, Forschung und Technologietransfer weiter erhöht werden. Dazu sind weitere öffentliche Investitionen notwendig.

- **Vernetzung stärken**

Ostwürttemberg braucht die Vernetzung, um den Austausch von IT-Anbietern und – Anwendern zu fördern und somit für eine hohe Innovationsdynamik zu sorgen. Die IT ist die entscheidende Querschnittsbranche, welche die Schlüsselbranchen in Ostwürttemberg wie den Anlagen- und Maschinenbau im Prozess der Digitalisierung mitgestaltet. Deshalb ist die Vernetzung der Akteure Voraussetzung, um zu einem der Leitstandorte der Digitalisierung und Innovationen zu werden. Folgende Maßnahmen sollten daher umgesetzt werden:

- **Digitalisierungszentrum Ostwürttemberg (siehe 1.2.3)**

- **IT-Netzwerk Ostwürttemberg:**

- **Das Netzwerk soll ein wichtiges Vehikel und ein bedeutender Multiplikator der Region sein.**

- **Gründungen stärken**

Unternehmensgründungen leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostwürttemberg. In der Region wurden im Zeitraum zwischen 2012 bis 2016 überdurchschnittlich viele High-Tech

Unternehmen gegründet. Im Zeitraum 2010 bis 2016 gab es in Ostwürttemberg laut IHK-Analyse rund 1.000 technologieorientierte Gründungen, darunter auch viele IKT-Gründungen. [7] IKT-Unternehmensgründungen sind im Hinblick auf die Erweiterung von Geschäftsmodellen und dem Mega-Thema Digitalisierung von großer Bedeutung. Die Region will daher unter dem Dach der Start-up Region Ostwürttemberg die Aktivitäten ausbauen und die Potenziale in diesem Bereich stärken:

- **Frühzeitige Kompetenzbildung zur Unternehmensgründung an Schulen und Hochschulen:**

Hierzu werden Fortbildungen von Lehrerinnen und Lehrern an den verschiedenen Schultypen der Region angeboten. Außerdem gibt es Seminare für angehende Ökonomie-Lehrerinnen und Lehrer der PH Schwäbisch Gmünd. In Vorbereitung ist ein Schulnetzwerk rund um die Themen Gründung im Schulunterricht.

An der Hochschule Aalen wird mit dem Projekt "StAArtUp!" das unternehmerische Denken und der Gründergeist von Studierenden gestärkt. Flankiert wird dieses Projekt durch den Gründer-Talk. Hier erleben Studierende Vorbilder und bekommen fachliche Impulse zum Thema Gründung. An der Hochschule für Gestaltung wird regelmäßig die „Design Business Week“ angeboten, die Studierende auf die eigene Selbstständigkeit vorbereitet.

- **Co-Working-Spaces-Netzwerk Ostwürttemberg:**

Mit dem InnoZ Aalen verfügt die Region über ein erfolgreiches Coworking-Space, in dem rund 50 Startups aktiv sind. Im Mai 2018 wird das Space in:it in Schwäbisch Gmünd eröffnet. Und spätestens im Frühjahr 2019 folgt das TechnoLab in Heidenheim. Die Spaces arbeiten unter dem Dach

der Start-up Region Ostwürttemberg intensiv zusammen.

- **Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle:**

Für Gründung und das Wachstum braucht es einen passenden Finanzierungsmix. Hier kann die Region auf regionalen Banken, Angeboten der Förderbanken oder dem Ostwürttemberg Beteiligungsfonds „Pegasus“ sowie weiteren Beteiligungsgebern aufbauen. Potenziell gilt es, bei Business Angels und Corporate Ventures zu erschließen. Ziel ist eine aktive Venture Capital Szene zu etablieren.

Marketing für die Start-up Region Ostwürttemberg: Die Region muss auch überregional als attraktiver Standort für Start-ups wahrgenommen werden. Hierzu starten aktuell PR- und Marketingaktionen. Der Internet-Blog www.startup-wow.de wird künftig die zentrale Plattform für Start-ups sein. Die überregionale Wahrnehmung gilt es weiter auszubauen. Dazu wird auch das Format der „Make Ostwürttemberg“ beitragen, das künftig jährlich stattfinden soll.

- **Beratung und Begleitung von Gründerinnen/Gründern:**

Im Gründungsnetzwerk der Region gibt es vielfältige Kompetenzen. Die Partner beraten und unterstützen Gründerinnen und Gründer bei ihrem Weg in die Selbständigkeit und begleiten sie auch beim weiteren Wachstum. Ausgebaut wird aktuell das Mentoren-Netzwerk, um innovative Gründerinnen/Gründer noch besser zu unterstützen.

1.2.3 DIGITALISIERUNGSZENTRUM (DIGITAL HUB) OSTWÜRTTEMBERG

Wie es ist

Die Digitalisierung führt zu einem radikalen Wandel aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Nicht nur Unternehmen sondern auch Standorte konkurrieren miteinander. Jeder Standort steht vor der Wahl, Vorreiter oder Nachzügler der Digitalisierung zu sein. Wer sich jetzt an die Spitze der digitalen Entwicklung setzt, positioniert sich nachhaltig im Wettbewerb der Standorte. Deshalb muss sich Ostwürttemberg für seine Wirtschaft richtig positionieren: Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit müssen jetzt identifiziert und zeitnah umgesetzt werden. Nur so können aus lokalen Standortfaktoren globale Wettbewerbsvorteile werden. In vielen regionalen Schlüsselbranchen ist die Ausgangssituation der Digitalisierung gut und die Region schon heute hervorragend vernetzt. Mit seinen Unternehmen, deren Mitarbeitern und verschiedenen Institutionen besitzt Ostwürttemberg hier beste Voraussetzungen, um den digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten. Gemeinsam müssen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und politisch Verantwortliche dennoch schon heute Sorge dafür

tragen, dass Ostwürttemberg auch morgen in der Digitalisierung voranschreiten kann.

Ein wesentlicher Schritt hierfür ist die Einrichtung eines Digitalisierungszentrums – eines sogenannten „Digital-Hubs“ in Ostwürttemberg. Für die Errichtung dieses Digital Hubs in Ostwürttemberg hat das Land Baden-Württemberg bereits eine Förderung zugesagt. In den kommenden Jahren können als Höchstfördersumme insgesamt 1.000.000 Euro in die Region fließen. Der Förderzusage vorausgegangen war eine von der IHK Ostwürttemberg gemeinsam mit den Konsortialpartnern, Landkreis Heidenheim und Ostalbkreis eingereichtes Konzept zur Errichtung des „Digital Hubs“. Dieses Konzept war federführend vom IHK-Digitalisierungsausschuss sowie dem IHK-Innovations- und Forschungsausschuss erarbeitet worden. Neben der IHK und den Landkreisen unterstützen zahlreiche regionale Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, das Projekt.

Was zu tun ist

Um die Region Ostwürttemberg im Prozess

der Digitalisierung zu unterstützen und den erforderlichen Wandel weiter voranzutreiben, ist das Konzept zur Errichtung des „Digital Hubs“ umzusetzen. Das Digital Hub soll mittelfristig als Ideen-, Experimentier- und Kollaborationsräume installiert werden, in denen unterschiedlichste Kompetenzen, Disziplinen, Ideen, Technologien und Kreativität aufeinandertreffen. Durch Kooperation, Vernetzung und Austausch sollen mit dem Digital Hub digitale Innovationen in der gesamten Region vorangebracht werden. Darüber hinaus soll das regionale Digital Hub als erste Anlaufstelle kleine und mittlere Unternehmen beim Einstieg in Digitalisierungsvorhaben unterstützen. Hierzu soll das Digital Hub in der Region bereits vorhandene Innovations- und Unterstützungsangebote bestehender Einrichtungen wie Cluster-Initiativen, Transfereinrichtungen, Kompetenzzentren usw. mit berücksichtigen und einbeziehen. Zu diesem Zweck sollen Landkreise und IHK gemeinsam mit den regionalen Mittelzentren und den regionalen Hochschulen die Vernetzung in der Digitalisierung weiter vorantreiben. Die exzellente Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Ostwürttemberg ist eine besondere Stärke

für die Arbeit des künftigen "Digital Hub" und muss in die Realisierung einbezogen werden. Das "Digital Hub Ostwürttemberg" soll Kris-

tallisationspunkt für digitale Innovationen werden und einen regionalen Unterstützungspunkt für die Digitalisierung der Wirt-

schaft, Wissenschaft und Gesellschaft bieten.

1.3 INDUSTRIE

Wie es ist

Ostwürttemberg verdankt seinen hohen Wohlstand in erheblichem Umfang seiner leistungsstarken und international wettbewerbsfähigen Industrie. Die Industrie in der Region hat nicht nur seit Jahrhunderten Tradition, sondern es werden auch Technologien zur industriellen Zukunft erforscht und entwickelt.

Die Metallbearbeitung, die Herstellung von Metallernzeugnissen sowie der Maschinen-, Anlagen- und Werkzeugbau spielen in Ostwürttemberg eine wesentliche Rolle, was sich auch an den Umsatz- und Beschäftigtenzahlen ablesen lässt. In Ostwürttemberg angesiedelt sind viele mittelständisch geprägte Firmen, die in vielen Fällen sogar als Hidden Champion gelistet sind, aber auch große Global Player. Auch für andere Bereiche sind diese Industriezweige unverzichtbar, z. B. im Hinblick auf die Entwicklung neuer Produkte und innovativer Produktionsprozesse.

Von 1.000 Einwohnern arbeiten in der Region 141 Personen in der Industrie. In 2016 haben in Ostwürttemberg die Industriebetriebe durchschnittlich 171 Beschäftigte. Pro Arbeitnehmer beträgt der Umsatz 250.000 Euro. Mit einer Exportquote von 54 Prozent sind die Firmen dabei stark exportorientiert. Aber auch die unternehmensnahen Dienstleistungen im Umfeld der starken Industrie spielen eine wesentliche Rolle. In 2016 sind

deutlich mehr als ein Drittel der Beschäftigten in diesem Bereich tätig. Überwiegend betrifft dies wissensintensive und industrie-nahe Dienstleistungen.

Bei der Umfrage zum „Netzwerk Industrie“ in 2017 haben die Standortfaktoren Steuerrecht, Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Höhe von Steuern und Abgaben, Effizienz der Behörden sowie die Energiekosten die schlechtesten Bewertungen durch die hiesigen Industriebetriebe erhalten. Ebenso müssen die Standortfaktoren IT-Infrastruktur, Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrie-flächen sowie die Verkehrsinfrastruktur betrachtet werden; gerade die IT-Infrastruktur zeigt in der Bewertung einen klaren Trend der Verschlechterung. Bei den genannten Standortfaktoren muss die Landespolitik, z. B. im Rahmen der Industrieperspektive 2025 Baden-Württemberg des Wirtschaftsministeriums, ansetzen bzw. sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen engagieren.

Was zu tun ist

Die Wirtschaft befindet sich in einem permanenten Wandel, mit der Konsequenz, dass der Wohlstand auch in unserer Region immer wieder neu erarbeitet werden muss. Schlüsselbereiche und Stärken unseres Standorts sind hierbei die Menschen und ihre Qualifikation. Beginnend mit der Ausbildung müssen die Beschäftigten fit ge-

macht werden für die Zukunft der Industrie. Die Industrie ist der Hauptmotor für die Innovationskraft im Land. Innovationen sichern Arbeitsplätze. Damit dies so bleibt, müssen Innovative Ideen rasch Zugang in den Markt finden. Mittels raschem Technologie- und Wissenstransfer müssen Forschungsergebnisse schnell in die wirtschaftliche Wertschöpfung übertragen werden. Der Wissens- und Forschungsstandort, d.h. die Hochschulen und Forschungsregionen in unserer Region, müssen weiter gestärkt werden, damit die Industrie ihre Spitzenstellung behält.

Von großer Bedeutung sind aber auch die harten Standortfaktoren. Dazu gehören verfügbare Gewerbe- und Industrie-flächen in der für den jeweiligen Betrieb erforderlichen Qualität ebenso wie eine gute Verkehrsinfrastruktur und eine gute Breitbandanbindung. Ohne adäquate Gewerbeflächen kann es nicht zu einer Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit und/oder Neuansiedlungen kommen, mit dem Ziel, der Bevölkerung auch weiterhin entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine wichtige Rolle spielt aber auch die Akzeptanz der Bevölkerung für die Industrie. Von großer Bedeutung sind im Weiteren u. a. auch die Verfügbarkeit von sicherer und bezahlbarer Energie sowie die Reduzierung des bürokratischen Aufwands durch Abbau von überbordenden Regelungen.

1.4 VERKEHR UND LOGISTIK

Wie es ist

Der Verkehr bzw. die Verkehrszahlen wachsen unaufhaltsam an. Der Güterverkehr wächst schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Und damit steigt nicht nur die Anzahl der Fahrzeuge auf unseren Straßen, sondern auch die Zahl der Prozesse, die im Hintergrund ablaufen, um die Waren überhaupt bspw. auf die Straßen zu bekommen. Auf vielen Strecken bestehen schon heute Engpässe. Aber nicht nur Verkehrswege, sondern auch Verkehrsknoten oder Standorte von Logistikdienstleistern kommen so irgend-

wann an ihre Grenzen. Die Wirtschaft ist auf Planungssicherheit an ihrem Standort angewiesen. Gerade der Ausbau der Knotenpunkte verlangt daher von Kommunen wie von Logistik-Dienstleistern ein gemeinsames Vorgehen zur Zukunftssicherung.

Was zu tun ist

Auf kommunaler Ebene müssen die kommunikativen Anstrengungen gegenüber den Entscheidungsträgern und Verantwortlichen sowie den Bürgern zur Verbesserung des Images der Logistik-Dienstleister vorange-

trieben werden.

Politik und Verwaltung müssen den Erhalt und gegebenenfalls auch den Ausbau der Infrastruktur, neben Straßen oder Schienen sind hier auch Flächen zu nennen, ermöglichen und in der Raumplanung bzw. Flächennutzungsplanung berücksichtigen.

Gewerbegebiete und logistische Flächen müssen verkehrlich gut angebunden werden. Auch bei bereits bestehenden Ansiedlungen ist die Erschließung zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern.

1.5 HANDEL UND TOURISMUS

1.5.1 HANDEL

Wie es ist

Der intensive Wettbewerb im Handel hat Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden auch in Ostwürttemberg. Nicht integrierte Standorte an den Stadträndern konkurrieren mit gewachsenen Innenstadtlagen und entziehen ihnen Kaufkraft. Die IHK befürwortet die Einhaltung des Zentrale-Orte-Systems, insbesondere für die Steuerung von großflächigen Einzelhandelsvorhaben. Danach sind großflächige Einzelhandelsbetriebe mit innenstadtrelevanten Sortimenten den jeweiligen Siedlungsschwerpunkten zuzuordnen. Nicht alle Kommunen definieren ihre zentralen Versorgungsbereiche und stellen integrierte Stadtentwicklungskonzepte auf, um für die Funktionsvielfalt der Stadt auch als Wirtschaftsraum zu sorgen. Bau- und Planungsrecht werden nicht ausgeschöpft oder es fehlen strategische Überlegungen zur Sicherung bzw. Attraktivitätssteigerung

von Zentren.

Im Wettbewerb müssen die Städte ihre Stärken, wie zum Beispiel den vielfältigen Angebotsmix weiter entwickeln und in die Aufenthaltsqualität investieren. Dafür sind Stadtmarketing-Initiativen nötiger denn je.

Nahversorgung ist ein Grundelement funktionierender und attraktiver Wirtschaftsräume. Neben der Versorgung mit Lebensmitteln auch mit vielen anderen Dingen des täglichen Bedarfs, darüber hinaus personenbezogene Dienstleistungen. In ländlichen Gebieten wird es zunehmend schwierig, die Nahversorgung sicherzustellen.

Tagestouristen sowie Übernachtungsgäste sorgen für gute Umsätze in den Kassen der stationären Einzelhandelsbetriebe. In der Summe werden somit rund 7,2 Milliarden Euro durch Touristen im baden-württembergischen Einzelhandel ausgegeben.

Ohne diesen Umsatz wäre das Handels- und Dienstleistungsangebot in vielen vom Tourismus geprägten Regionen nicht so umfassend und vielseitig, wie es sich heute darstellt. Davon profitiert auch die einheimische Bevölkerung. Der Inlandsurlaub wird auch in den kommenden Jahren in Deutschland weiter zunehmen. Entsprechend kann der örtliche Handel von dieser Entwicklung profitieren.

Die Online-Anbieter gewinnen kontinuierlich Marktanteile. Immer mehr Einzelhandelsbetriebe, die bislang überwiegend als stationäre Händler agieren, nutzen die Chancen, die die Digitalisierung bietet. Die digitale Mindestanforderung an den Handel lautet, dass jeder Händler über einen optimierten Internetauftritt verfügen muss.

Auch der Handel leidet unter den Überregulierungen des Gesetzgebers (u.a. Lebensmittelkennzeichnungsvorschriften). Viele

bereiten gerade den kleinen und mittleren Betrieben große Sorgen und Innenstadtlagen werden von filialisierten Unternehmen dominiert.

Was zu tun ist

Die Kommunen sollten Einzelhandelskonzepte erstellen, damit großflächige Handelsansiedlungsvorhaben gezielt gesteuert werden können. In der Folge müssen die Bebauungspläne dieser Kommunen entsprechend der Festlegungen im Einzelhandelskonzept zeitnah angepasst werden. Zentrale Versorgungsbereiche können bereits im Flächennutzungsplan ausgewiesen werden und bieten so die Grundlage für eine strategische Handelsansiedlungspolitik.

Es wird angeregt, dass die Städte und Gemeinden gemeinsam mit den Gewerbetreibenden die örtlichen Stadtmarketing-Aktivitäten intensivieren. Darunter wird nicht ein Mehr an Events und nur kurzfristig wirkenden Projekten und Maßnahmen verstanden. Vielmehr sollten die individuellen Stärken der Stadt im Rahmen eines ganzheitlichen Konzeptes entwickelt werden und in einen Maßnahmenplan münden.

Eine strategische Herangehensweise der Kommunen zur Sicherung der Grund- und Nahversorgung erscheint empfehlenswert. Dies beginnt bei der baurechtlichen Steuerung des Einzelhandels inklusive des großflächigen Lebensmitteleinzelhandels und beinhaltet darüber hinaus Elemente der

Wirtschaftsförderung. Die Bündelung verschiedener Funktionen im ländlichen Raum stellt einen Lösungsansatz dar. Auch durch die Verbesserung der Kooperation benachbarter Kommunen kann die Grundversorgung auch auf dem Land gesichert werden.

Die IHK empfiehlt, die örtliche Kooperation der Handels- und Tourismusunternehmen zu intensivieren, um die Umsatzanteile der Touristen im Einzelhandel erhöhen zu können.

Die Rahmenbedingungen für den noch immer mittelständisch strukturierten Handel müssen entbürokratisiert werden. Die öffentliche Planung muss kleinere und mittlere Unternehmen berücksichtigen.

1.5.2 TOURISMUS

Wie es ist

Die Tourismusbranche in der Region, allen voran das Gastgewerbe, ist mehrheitlich geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Belastungen wie etwa Gebühren für Verwertungsrechte oder die Vergnügungssteuer, aber auch gesetzliche Regelungen, wie das Gaststättengesetz oder die EU-Pauschalreiserichtlinie stellen bürokratische, investive und finanzielle Mehrbelastungen dar. Die demografische Entwicklung, die Globalisierung, die digitale Welt sowie die wachsende Mobilität der Menschen stellen die Tourismusbranche vor stetig neue Herausforderungen. Ein entscheidender Erfolgsfaktor im Wettbewerb der Tourismusregionen weltweit sind effiziente

Strukturen. Starke Tourismusregionen treten wie „ein Unternehmen“ am Markt auf. Nur wenn das Zusammenspiel aller Beteiligten einer Tourismusregion (private Leistungsträger, Kommunen, Landkreise, Destinationsmanagement und Landesmarketing) auf den verschiedenen Ebenen klar geregelt ist, kann dies gelingen.

Was zu tun ist

Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen und wirksame Kontrollen statt Bürokratieaufbau. Rechtliche Vorgaben sind auf notwendige Regelungen zu beschränken und auf diesem Niveau dauerhaft zu halten, um den Unternehmen Planungssicherheit zu geben.

Doppelstrukturen in der Tourismusförderung auf Landes-, Destinations-, Landkreis- und Ortsebene sind abzubauen, beziehungsweise nicht erst aufzubauen.

Die IHK empfiehlt, die örtliche Kooperation der Handels- und Tourismusunternehmen zu intensivieren. Immer häufiger werden von den Städten zur Hebung von Synergien die Bereiche Wirtschaftsförderung, Stadt- oder City-Marketing sowie die meist kommunale Tourist-Information unter einem organisatorischen Dach vereint. Diese Entwicklung wird als sehr sinnvoll angesehen und begrüßt.

1.6 DIENSTLEISTUNGSWIRTSCHAFT

Wie es ist

Die Dienstleistungsbranchen in der Region haben in den letzten Jahren immer weiter an Bedeutung zugenommen. Rund 12.000 Unternehmen gibt es in Ostwürttemberg in den Teilbranchen Finanzdienstleistungen, Freizeit und Gesundheit, Immobilien, Information und Kommunikation, Persönliche Dienstleistungen, Logistik, Versicherungen und Banken sowie Unternehmensnahe Dienstleistungen.

Besonders die unternehmensnahen Dienstleistungen haben im Umfeld der starken Industrie in der Region zugenommen. Auch die Dienstleistungsumsatzanteile der Industrieunternehmen haben kontinuierlich zugenommen.

Es ist davon auszugehen, dass auch diese Branchen in den kommenden Jahren in der Region weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Was zu tun ist

Die Dienstleistungswirtschaft steht wie alle anderen Branchen auch vor der Herausforderung der Fachkräftesicherung. Hierfür engagiert sich die IHK in der Fachkräfteallianz in der rund 60 Projekte auf den Weg gebracht wurden, um auch die Unternehmen der Dienstleistungswirtschaft hier zu unterstützen. Die Angebote und Projekte gilt es künftig noch bekannter zu machen.

Im Vergleich zur Industrie ist die Dienstleistungswirtschaft bisher deutlich geringer international tätig. In den Auslandsmärkten

gibt es aber enorme Wachstumspotenziale. Über diese Potenziale gilt es stärker zu informieren und den Betrieben Unterstützungsangebote vorzustellen.

Auch die Geschäftsmodelle der Dienstleistungswirtschaft entwickeln sich dynamisch weiter. Das Service-Engineering ist eine wichtige Kompetenz, die für Dienstleistungsunternehmen eine wichtige Kompetenz ist. Die IHK Ostwürttemberg engagiert sich gemeinsam mit den anderen baden-württembergischen IHKs und Partnern, wie dem Institut für Technik der Betriebsführung und dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, im Transferprojekt „Service Engineering“. Hier geht es darum Dienstleistungsunternehmen Methoden und Instrumente sowie Wissen zugänglich zu machen.

1.7 GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Wie es ist

Die Region Ostwürttemberg ist aus dem Blickwinkel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheitssektor geprägt durch Industrie im Bereich medizinischer Produkte und Geräte. Gefolgt von den Kliniken, Pflegeheimen sowie Arztpraxen. In der Region Ostwürttemberg sind es vor allem mittelständische Unternehmen, die sich mit ihren Dienstleistungen und Produkten in der regionalen Gesundheitswirtschaft spezialisiert haben. Außerdem gibt es einige Marktführer, die auch auf den Weltmärkten eine bedeutende Rolle spielen. Vor allem die produzierenden Unternehmen im Gesundheitssektor haben hinsichtlich Wertschöpfung und Beschäftigungswirkung eine große Bedeutung. Ähnlich beschäftigungsintensiv ist auch der Bereich der Alten- und Krankenpflege.

Neben den IHK-Mitgliedsbetrieben gibt es rund 650 weitere Unternehmen der Gesundheitswirtschaft in der Region. Mit dem Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft Ostwürttemberg bietet die IHK eine Plattform zum regelmäßigen Austausch über die verschiedenen Segmente des Gesundheitsmarktes hinweg. Derzeit ist die 3. Standortstudie "Gesundheitswirtschaft in Ostwürttemberg" in Vorbereitung. Sie gibt einen Überblick über die Branche und stellte ausgewählte Themen und Unternehmen in den Fokus.

Die Gesundheitsförderung der Beschäftigten ist ein wichtiges Thema, dessen Bedeutung in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Immer mehr Unternehmen investieren hier und unterstützen ihre Beschäftigten. Das betriebliche Gesundheitsmanagement ist Baustein der Arbeitgeberattraktivität und der Mitarbeiterbindung und in der Fachkräft-

tesicherung als Baustein nicht mehr weg zu denken.

Was zu tun ist

In Ostwürttemberg gibt es seit mehreren Jahren den Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft. Hier haben sich Betriebe der Branche, Krankenkassen und die Hochschulen unter der Koordination der IHK Ostwürttemberg vernetzt. Diesen Arbeitskreis gilt es weiter zu entwickeln und stärker bekannt zu machen.

Beim Thema Gesundheitsförderung hat die IHK Ostwürttemberg einen ERFA-Kreis Betriebliche Gesundheitsförderung gegründet. Hier sind aktuell rund 25 Betriebliches-Gesundheitsmanagement (GBM-Verantwortliche) aus Unternehmen und Institutionen vernetzt. Bei den 2mal im Jahr stattfindenden Treffen werden praxisnah Themen zum

BGM ausgetauscht und es gibt fachliche Impulsreferate.

Immer wieder gilt es für die Bedeutung der Branche zu sensibilisieren und deren wirtschaftliche Stärke darzustellen. Dies leistet die IHK in regelmäßigen Standortstudien zur Gesundheitswirtschaft, die es auch künftig geben soll.

Eine aktuelle Herausforderung ist die Si-

cherung des Fachkräftenachwuchses. Im Ausbau der Studienangebote im Bereich Gesundheit an den regionalen Hochschulen stecken daher enorme Potenziale. Die IHK begleitet und unterstützt diese Entwicklungen. Insbesondere im Pflegebereich müssen die Anstrengungen weiter intensiviert werden, um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ausreichend Fachkräfte zur Verfügung zu haben.

Außerdem wirkt die IHK Ostwürttemberg auch in Netzwerk „Pflege und Gesundheit“ des Landkreises Heidenheim mit und bringt sich auch in regionale Projekte und die Gesundheitskonferenzen ein. Die Vernetzung der Branche muss weiter vorangetrieben werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und um die Erreichung der Zielgruppe effektiver zu machen.

1.8 GEWERBEFLÄCHENPOLITIK

Wie es ist

Zum Wohlstand Ostwürttembergs tragen viele kleine und mittlere Unternehmen sowie Weltmarktunternehmen z. B. bei, indem sie bspw. Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Voraussetzung ist jedoch ausreichend Raum, mit geeigneten Gewerbeflächen an der richtigen Stelle. Im Projekt „Gewerbeperspektive Ostwürttemberg“ hat die IHK Ostwürttemberg deshalb 2014, gemeinsam mit dem Regionalverband, dem Landkreis Heidenheim und dem Ostalbkreis, Potenziale und Anforderungen an Gewerbeflächen unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten erhoben. Sämtliche Kommunen und ausgewählte Betriebe wurden hierfür befragt. Festgestellt wurde u. a. eine Abnahme der Flächenanzahl und -summe in den letzten Jahren, was im Nachfolgeprojekt „Raum+ 2017 Ostwürttemberg“ des Regionalverbands bestätigt wurde.

Laut Studie wird jedoch die Nachfrage mindestens stabil bleiben. Überraschend war, dass hohe Reserven eher in kleineren Gemeinden mit aktuell nur wenig Unternehmen vorhanden sind. Deutlich wurde auch, dass Ostwürttemberg von den Firmen als attraktiver Gewerbestandort geschätzt wird und die Bereitschaft, hier zu bleiben, groß ist. Klar wurde aber auch, dass betriebs-

eigene Flächenreserven für die nächsten zehn Jahre nicht ausreichen werden und die Kommunen Flächen bereitstellen müssen. Die Anforderungen an die Gewerbeflächenreserven sind dabei individuell und hängen mit der jeweiligen lokalen Branchenstruktur zusammen. Verlagerungen bspw. von kleineren Unternehmen aus Ortslagen in außenliegende Gewerbegebiete sowie Betriebserweiterungen ansässiger Firmen erzeugen individuelle Flächenbedarfe.

Was zu tun ist

Die Studie empfiehlt die Etablierung eines regionalen Flächenmanagements als Prozess sowie, aufbauend auf den erarbeiteten Strategien, die interkommunale Gestaltung der künftigen Gewerbeflächenentwicklung. Vorhandene Flächenpotenziale sollen im Konsens mobilisiert und neue Konzepte für zukunftsfähige Gewerbegebiete passgenau erarbeitet werden.

Im Folgeprojekt „Gewerbeentwicklungsforum Ostwürttemberg“ erarbeiteten deshalb 2017 die IHK Ostwürttemberg, der Regionalverband, die Landkreise Heidenheim und der Ostalbkreis gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, für Gewerbeansiedlungen attraktiv zu

bleiben und über die gewohnte Flächenausweisung hinaus qualitative Kriterien zu erarbeiten. Ziel war eine weitere Verbesserung der Standortqualität und die Formulierung neuer Planungsanforderungen für künftige Gewerbeflächen vor dem Hintergrund, dass sich Standortanforderungen und Flächenbedarfe mit dem ökonomischen und technologischen Strukturwandel stetig ändern. In ausgewählten bestehenden Gewerbegebieten wurden deshalb Entwicklungs- und Erneuerungspotentiale zur Qualifizierung dieser Flächen exemplarisch untersucht. Es wurde die Notwendigkeit aufgezeigt, sich proaktiv mit strategisch bedeutsamen Gewerbegebieten auseinanderzusetzen, mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und dem frühen und zielgerichteten Erkennen und Bewältigen von akutem Handlungsbedarf. Ökologische, soziale und auch ökonomische Aspekte müssen bei der Suche nach Flächen verstärkt ausgewogen und integriert betrachtet werden. Es bedarf zukunftsfähiger Konzepte bereits bei der Planung von neuen Gewerbegebieten, die Entwicklungsperspektiven aufzeigen, aber gleichzeitig z. B. durch effiziente Erschließung die Zersiedelung gering halten. Verfahren, die dies gewährleisten, sind deshalb ein wichtiger Erfolgsfaktor für die zukünftige räumliche Entwicklung.

1.9 BESTANDSSICHERUNG

Wie es ist

Die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg beherbergt 434.000 Menschen, über 170.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und allein die IHK Ostwürttemberg betreut rund 32.000 Mitgliedsunternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung, deren Bestand und Zukunft es zu begleiten gilt.

- **Toparbeitgeber der Region sind Industrie und verarbeitendes Gewerbe**
- **Wissens- und Technologiepotenziale der Unternehmen vieler Jahrzehnte sind für die Wettbewerbsstärke verantwortlich und**
- **Bruttowertschöpfung kommt zu über der Hälfte aus dem Tertiären Sektor mit vielen industrienahen Dienstleistern**

Mit einer seit jeher starken Industrie, die nach wie vor zu über 40 Prozent zur Bruttowertschöpfung beiträgt, mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe sowie Dienstleistungsunternehmen, die vielfach industrienah und dem wissensintensiven Sektor zuzuordnen sind, belegt die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg nach wie vor einen Spitzenplatz im Innovationsranking der Regionen.

Die Patentdichte liegt mit 3,14 Patentanmeldungen je tausend Einwohner deutlich über dem Landesschnitt Baden-Württemberg und noch deutlicher über dem Bundesdurchschnitt. Im Innovationsindex der Regionen ist Ostwürttemberg jedoch zuletzt stetig gefallen. War die Wirtschaftsregion 2012 noch auf Platz 2 direkt hinter der Metropolregion Stuttgart im europaweiten Vergleich zu finden, so fiel sie 2014 auf Platz 5 und liegt seit 2016 auf Platz 7. Dies ist insofern besorgniserregend, als dass die Ballungs- und Universitätsregionen die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg bereits im Ranking

2014 überholt haben, in 2016 sind sogar vergleichbare Räume wie Neckar-Alb und Bodensee-Oberschwaben mittlerweile besser. Indikator für den Platzverlust ist jeweils der Part Dynamik, also die Betrachtung jeweils im Vier-Jahres-Zeitraum rückblickend. Der Ostalbkreis verliert mittlerweile dabei stärker als der Landkreis Heidenheim und ist für den Rückgang in 2016 ausschlaggebend gewesen. Auch wenn die Patentintensität ein Top-Scorer, ist so zeigt sich doch und dies zeigen auch unsere jährlichen Fortschreibungen der „Patentbarometer“ für die Region, dass die Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen insgesamt seit Jahren rückläufig sind. Die Rückgänge sind primär bei den KMUs wahrzunehmen. Sie haben unterschiedliche Gründe von Kosten über Bürokratie bis hin zu verändertem Verständnis über Schutz und offene Innovationen. Die nach wie vor im Vergleich hohe Patentintensität geht damit zurück auf die großen Unternehmen, sie stellen 80 Prozent der Anmeldungen und sind damit die high-potential Anmelder der Region. Kleineren Unternehmen fehlen oft Kapazitäten, das Wissen über die Prozesse oder auch die notwendigen Mittel und Unterstützungsmöglichkeiten.

- **Bestandssicherung ist für uns das erste Verständnis im Handeln für eine starke Wirtschaft der Region.**

Potenzial, Know-How und wertorientiertes Wirtschaften im Sinne des ehrbaren Kaufmanns gilt es zu bewahren und entsprechend zu begleiten. Deshalb setzen wir uns für die passenden und guten Rahmenbedingungen in Ostwürttemberg ein. Die IHK Ostwürttemberg selbst unterstützt dabei Unternehmensnachfolgen, erleichtert Übergänge, vermeidet Unternehmensverlagerungen und setzt sich für vereinfachte Prozesse und den Bürokratieabbau ein. Wir begleiten die Wirtschaft der Region beim Übergang zur Industrie 4.0, unterstützen durch Informationen,

Beratung, gemeinsame Maßnahmen mit der regionalen Politik sowie im Wissens- und Forschungstransfer.

Was zu tun ist

Wir identifizieren die Unternehmen in den Wachstumsbranchen und fordern, dass diese durch die Politik bedarfsgerecht gefördert werden über z. B. Anreizprogramme, Bürokratieentlastung und spezielle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg und ihre Unternehmen benötigen in einer Flächenwirtschaftsstruktur wie Ostwürttemberg die Finanzierung von Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung. Sie benötigt intelligent vernetzte Wirtschaftspolitik sowie Anreizsysteme, möglicherweise auch Nachteilsausgleich für Unternehmen mit Sitz in ländlicheren Gebieten. Denn Wirtschaft ist zwar naturgemäß dort, wo es ausgebildete Arbeitnehmer und gute Rahmenbedingungen gibt. In Baden-Württemberg aber sind im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich viele Unternehmen bereits viele Jahrzehnte bis Jahrhunderte an ihren Standorten, sind diesen sehr verbunden und sehen deshalb vielfach noch über die ein oder andere mittlerweile weniger gute Rahmenbedingung hinweg. Neuansiedlungen in der Fläche von externen Unternehmen sind eher die Ausnahme. Bestandssicherung muss nicht nur deshalb in der Wirtschaftspolitik stets Vorrang haben. Dafür benötigt es urbane Infrastruktur, urbane Standortfaktoren und eine Stärkung der Hochschullandschaft im Osten Baden-Württembergs. Denn nicht zuletzt deshalb ist auch die Fachkräfteversorgung von Hightech-Unternehmen in Regionen wie Ostwürttemberg eine schnell und dramatisch ansteigende Herausforderung. Gelingt dies nicht sind nicht, nur Unternehmenszentralen und deren F&E Einrichtungen sondern Wirtschaftsstandorte insgesamt gefährdet.

1.10 „JUNGE WIRTSCHAFT“ – START-UP REGION OSTWÜRTTEMBERG

Wie es ist

Bei Existenzgründungen hat die Region Ostwürttemberg enorme Potenziale, auf denen sich aufbauen lässt – trotz sinkender Gründungsintensität in den letzten Jahren. So zeigt eine Untersuchung von Creditreform zu den High-Tech-Gründungen im Zeitraum 2012 bis 2016, dass die Region gemessen am bundesdeutschen Anteil dieser Gründungen von 7,1 Prozent gut abschneidet. Im Landkreis Heidenheim liegt der Anteil der High-Tech-Gründungen bei 8,4 Prozent und im Ostalbkreis bei 7,8 Prozent. Gerade diese wissensbasierten und technologieorientierten jungen Unternehmen sind wichtige Partner für die digitale Transformation etablierter Mittelständler und Konzerne der Region. Die Region will daher unter dem Dach der Start-up Region Ostwürttemberg die Aktivitäten ausbauen und ihre Potenziale in diesem Bereich stärken. Bisher ist die Start-up Szene noch wenig vernetzt und Kooperationen zwischen Start-ups und Mittelständlern kommen eher zufällig zustande. Außerdem ist die Wahrnehmung der Region als interessanter Platz für Start-ups noch kaum überregional bekannt.

Was zu tun ist

In der Region Ostwürttemberg haben sich im Mai 2017 aktuell 22 Partner im Verein „Start-up Region Ostwürttemberg“ zusammengeschlossen. Partner sind Unternehmen, regionale Banken, Kommunen und

Landkreise, IHK und Handwerkskammer sowie Verbände und die regionale Wirtschaftsförderung. Die Geschäftsstelle und damit Koordinierung liegt bei der IHK. Neben einem siebenköpfigen Vorstand gibt es ein Koordinierungsteam sowie eine beauftragte externe Agentur für Marketing und Kommunikation.

Die Partner haben sich zum Ziel gesetzt, die Gründungslust sowie das unternehmerische Denken vor allem bei Hochschülern der Region zu steigern, die Erfolgchancen junger Gründerteams zu erhöhen, etablierte Unternehmen und Start-ups miteinander zu vernetzen und das Start-Up Ökosystem Ostwürttemberg zu stärken sowie nach außen zu vermarkten. Nach dem Vorbild des Innovationszentrums an der Hochschule Aalen, an dem bereits 30 Gründerteams am Coworking-Space arbeiten und 13 Gründerteams eingemietet sind, entstehen auch in Schwäbisch Gmünd und Heidenheim weitere Coworking-Spaces in der Nähe der Hochschulen.

Die Region wird zudem mit der „Make Ostwürttemberg“ ein Veranstaltungsformat positionieren, das überregionale Ausstrahlung für junge Talente, Innovatoren und Tüftler sowie Start-ups hat. Die Veranstaltung soll jährlich an wechselnden Standorten stattfinden und die Region überregional bei der Maker-Bewegung bekannt machen.

Die Start-up Region Ostwürttemberg ist ein-

gebunden in das landesweite Netz „Startup BW“ und hat sich beispielsweise beim landesweiten Start-up-Gipfel sehr erfolgreich präsentiert. Dadurch konnten für die Start-ups interessante Investoren- und Kundenkontakte geknüpft werden.

Weitere Handlungsfelder sind Schul- und Hochschulprojekte. So plant die Start-up Region den Aufbau eines Schulnetzwerkes zum Thema Gründung und Schule. Für die Lehrerinnen und Lehrer soll dies eine Austausch- und Wissensplattform sein. Es sollen zudem konkrete Unterstützungsangebote für die Schulen, von Weiterbildungen bis hin zu Vermittlung von Kontakten in die Gründer-Szene, entwickelt werden. An den Hochschulen wird die Sensibilisierung der Studierenden für unternehmerisches Denken und Entrepreneurship mit unterschiedlichen Formaten vorangetrieben. Dies sind Gründerwettbewerbe, Gründer-Sessions mit erfolgreichen Start-ups und Vortragsformate sowie Seminare.

Im Fokus steht in Kooperation mit den Pegasus-Vereinen, den Wirtschaftsjuvenen Ostwürttemberg und dem Wirtschaftsclub der Ausbau von Mentorenprogrammen für innovative Gründerinnen und Gründer sowie Start-ups. Weiteres Ziel ist es, die Kontakte zu Investoren weiter auszubauen und etablierte Finanzierungspartner wie die Banken und den Beteiligungsfonds Pegasus einzubinden.

1.11 NETZWERKE UND ZUSAMMENARBEIT

Wie es ist

Die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg mit ihren Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung darf von der IHK Ostwürttemberg eine exzellente Vernetzung und Zusammenarbeit, die für sie daraus entstehenden Mehrwerte, Kooperationen, Kontakte und ein pragmatisch gutes und einfaches Miteinander erwarten. Für die IHK Ostwürttemberg ist dies eine Selbstverständlichkeit und wird seit Jahren gepflegt und kontinuierlich an sich verändernde wirtschaftliche Themen und Herausforderungen angepasst und verbessert. Die Netzwerke sind auch eine wichtige Größe für die Möglichkeit der Gesamtinteressenvertretung der Industrie- und Handelskammer, um klare Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik zu formulieren. Mit insgesamt 10 Ausschüssen „Berufsbildungsausschuss“, „Digitalisierungsausschuss“, „Forschungs- und Innovationsausschuss“, „Handelsausschuss“, „Industrierausschuss“, „Prüfungsausschuss“, „Rechtsausschuss“, „Sachverständigenausschuss“, „Schlichtungsausschuss“, „Verkehrsausschuss“ thematisiert die IHK mit den jeweiligen Ausschussvorsitzenden und Ausschussmitgliedern wirtschaftspolitisch relevante Themen, die vielfach der Vorbereitung der Positionierung zur Abstimmung durch die Vollversammlung dienen. Die Ausschüsse generieren aber auch für jeden einzelnen Ausschussteilnehmer und jedes Mitgliedsunternehmen neue Zugänge zu Wissen, Netzwerk, Kooperation und neuartigen Themen. Die Ausschüsse erarbeiten in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen IHK-Ausschussbetreuer an meist

selbst gewählten, für die Wirtschaft interessanten Themen und formulieren Forderungen/Handlungsempfehlungen, die die Arbeit der IHK und deren Vollversammlung später prägen. Weiterhin gibt es insgesamt 7 Arbeitskreise, „Energiemanagementbeauftragte“, „Betriebsbeauftragte Umwelt“, „Gesundheitswirtschaft“, „Integration durch Ausbildung“, „IT-Entscheider“, „Öffentlichkeitsarbeit“ „Forum Wirtschaft International“, die sich in regelmäßigen Abständen zu den für sie relevanten Unternehmens- und Wirtschaftsthemen treffen, austauschen und ebenso vernetzen. Der wohl größte Bereich mit Ehrenamtlichen in der Wirtschaft ist der Berufsbildungsbereich mit seinen Prüferinnen und Prüfern. Insgesamt sind knapp 2.000 ehrenamtliche Personen für die IHK Ostwürttemberg aktiv. Die Ausschüsse, Netzwerke und Arbeitskreise wiederum sind weiter vernetzt und so schließt sich der Kreis bei weiteren Akteuren und Institutionen.

Eine ebenso enge Vernetzung pflegt die IHK Ostwürttemberg traditionell zu den Wirtschaftsjunioren Ostwürttemberg, die als Regionaleinheit bundesweit zu den Stärksten gehören. Der Wirtschaftsclub Ostwürttemberg ist die Folgeorganisation für diejenigen, die altersturnusgemäß aus dem Kreise der Wirtschaftsjunioren ausscheiden. Die IHK Ostwürttemberg ist weiterhin stark vernetzt zum Beispiel in Hochschulräten und Kuratorien der Region, in vielen weiteren Institutionen mit beratender und/oder beisitzender Funktion, so dass das Bindeglied zwischen Wirtschaft und Gesellschaft bestens geschlossen ist.

Innerhalb der Organisation ist die IHK Ostwürttemberg Mitglied im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag. Dort sind die zwölf Industrie- und Handelskammern im Land unter einem Verein zusammengeschlossen, um gemeinsam stark gegenüber der Landespolitik, sprachfähig und schlagkräftig zu sein. Im Bund ist die IHK Ostwürttemberg eine von 79 Kammern, die gemeinsam den Deutschen Industrie- und Handelskammertag fördern und fordern. Dieser nimmt die Gesamtinteressenvertretung gegenüber der Bundespolitik wahr sowie viele Aufgaben und Themen, die bundesweit für die Wirtschaft gelten und Handreichung und Arbeitsmittel für die einzelnen IHKs sein können. Diese sowohl im kleinsten regionalen stattfindende Vernetzung über persönliche Mitgliedschaften in den einzelnen Institutionen und Netzwerken, sowie die breite Ehrenamtsstruktur und die Vernetzung innerhalb der Gesamtorganisation ermöglichen es der IHK Ostwürttemberg Politikberatung, Gesamtinteressenvertretung, Wirtschaftsförderung und den großen Bereich der Beruflichen Bildung optimal abzudecken.

Was zu tun ist

Das Ehrenamt muss bei der Politik auf Bundes- sowie auf Landesebene weiterhin den Stellenwert genießen, den es zu großen Teilen bislang schon erhält. Wünschenswert ist dabei, dass auch ein Fokus auf das wirtschaftspolitische Ehrenamt seitens Bundes- und Landesregierung gelegt wird.

1.12 GESAMTINTERESSENVERTRETUNG UND POLITIKBERATUNG

1.12.1 GESAMTINTERESSENVERTRETUNG

Wie es ist

Die Grundaufgabe der Industrie- und Handelskammern wird in §1 des IHK-Gesetzes geregelt: "Die Industrie- und Handelskammern haben die Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen (...)"

Nicht zu den Aufgaben der Industrie- und Handelskammern gehört die Wahrnehmung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Interessen.

Die IHK ist Sprecher der Betriebe der Region, sie vertritt die als eigenverantwortliche öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaft das Interesse ihrer zugehörigen Unternehmen gegenüber Kommunen, Landesregierungen und regionalen staatlichen Stellen. Sie unterliegt nur der Rechtsaufsicht des Landes. Einige konkrete Beispiele: Die

IHK engagiert sich für eine bessere Infrastruktur, hilft den Betrieben bei der kommunalen Bauplanung, engagiert sich insgesamt für den Standort Ostwürttemberg, setzt sich dabei für bessere Rahmenbedingungen der Wirtschaft ein. Die IHK Ostwürttemberg sieht sich als wichtigen Spieler bei der Wirtschaftsförderung im Allgemeinen und bei der Förderung der Gründerkultur in der Region im Besonderen

Zu den Grundaufgaben der Industrie- und Handelskammern gehört die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, wobei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen sind (Lobby der regionalen Wirtschaft).

Die IHK vertritt das wirtschaftliche Gesamtinteresse der Region. Das unterscheidet sie von anderen wirtschaftsnahen Organisationen und Verbänden. Dieses Gesamtinteresse ist zugleich mehr als die Summe diverser Einzelinteressen. Es setzt vielmehr deren Ermittlung und Abwägung voraus. Oder wie Ludwig Erhard es formuliert hat: „Was mir

bei den Industrie- und Handelskammern das Wichtigste ist, das ist der von Einzelinteressen freie und objektive Rat aus der Wirtschaft.“

Diese Objektivität und zugleich auch die Unabhängigkeit von Politik und Einzelinteressen begründet letztlich die gesetzliche Pflichtmitgliedschaft. Denn nur sie gewährleistet die gleichberechtigte Mitwirkung kleiner, mittlerer und großer Unternehmen an der Meinungsbildung ihrer IHK.

Was zu tun ist

Die IHK Ostwürttemberg fordert die politischen Vertreter auf kommunaler, regionaler und Landesebene auf, auch künftig die IHK Ostwürttemberg als Sprecher und Verfechter für das Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft zu verstehen. Darüber hinaus fordert die IHK, dass künftig von Seiten der Politik, insbesondere bei Wirtschafts- und Standortthemen, verstärkt der Dialog mit der IHK gesucht wird.

1.12.2 POLITIKBERATUNG

Wie es ist

Die Politikberatung fußt auf der Grundaufgabe der Industrie- und Handelskammern, die in § 1 des IHK-Gesetzes geregelt ist. Demnach haben die IHKs die Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirt-

schaftlichen Interessen einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen (...)"

Hierzu gehört, in allen Fragen, die das Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft betreffen, den gemeinsamen Standpunkt der IHKs auf regionaler, landesweiter, nationaler, europäischer und internationaler Ebene gegenüber der Politik, der Verwal-

tung, den Gerichten und der Öffentlichkeit zu vertreten.

Als Informationsdrehscheibe steht die IHK Ostwürttemberg im ständigen Kontakt mit den gewählten politischen Vertretern auf Regions-, Landes- und Bundesebene. Es gilt, die Gegebenheiten vor Ort gebündelt, objektiv und entsprechend der Aufgabe der Gesamtinteressenvertretung weiterzuleiten


und einen gemeinsamen Informations- und Kenntnisstand über die regionalen Belange und Anforderungen der gewerblichen Wirtschaft zu schaffen und aufrecht zu erhalten.

Nach dem Bottom-up-Prinzip und demokratischen Prinzipien erfolgen der Meinungsbildungsprozess und die Findung wirtschaftspolitischer Positionen mit Vorschlägen und Forderungen an die verschiedenen Ebenen der Politik. In der IHK-Vollversammlung und vorab vorbereitend in den verschiedenen IHK-Fachausschüssen als beratende Gremien werden die Grundlagen und damit die Legitimation für die politische Arbeit der IHK Ostwürttemberg geschaffen.

Auf Basis der regionalen Abstimmung und Meinungsbildung aller IHKs in Deutschland ergibt sich wiederum die Legitimation für die politische Arbeit des Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin. Zu dessen Kernaufgaben gehört es, das Wissen der Organisation zu bündeln. Dabei kooperiert der DIHK auf allen seinen Arbeitsebenen mit den IHKs. Der DIHK setzt die Informationen und Erfahrungen der IHKs in Politikberatung in Berlin und Brüssel um und informiert die IHKs über aktuelle Entwicklungen auf Bundes- und europäischer Ebene.

Was zu tun ist

Die IHK Ostwürttemberg fordert die politischen Vertreter auf kommunaler, regionaler und Landesebene auf, auch künftig den offenen und konstruktiven Dialog mit der IHK Ostwürttemberg zu pflegen. Darüber hinaus fordert die IHK, dass die Politik künftig in noch stärkerem Maße bei der Meinungsbildung, insbesondere bei Wirtschafts- und Standortthemen, die IHK als Vertreter der gewerblichen Wirtschaft einbezieht.



Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer
Ostwürttemberg

Ludwig-Erhard-Str. 1
89520 Heidenheim an der Brenz

Tel. 07321 324-0

Fax 07321 324-169

zentrale@ostwuerttemberg.ihk.de

www.ostwuerttemberg.ihk.de

Titelbild: Robin Seifert/IHK